Nummer 159 November / Dezember 2010



Das Fachblatt für ökologische Nachhaltigkeit der Protestkultur

»Steine sind ein wichtiger Rohstoff kommender Generationen und Revolten«

Gleisanlagen sinnvoll enstorgen!

NO IMK

Innenministerkonferenz schottern



Vorwort

Aloha!

Vor kurzem wurde auf Spiegel-Online aufgrund zunehmender Proteste bereits ein Herbst der Wasserwerfer ausgerufen. Tatsächliches ist einiges passiert in den letzten Monaten. In Stuttgart regt sich bürgerlicher Protest gegen die Bahn, der sich nicht wirklich schlichten lassen will. Zum Castor fanden bereits im Vorfeld zahlreiche Demonstrationen und Aktionen statt, vor der Innenministerkonferenz gab es verschiedene Angriffe und in vielen Städten blüht das Thema Hausbesetzung derzeit wieder auf. Kein Wunder also, dass auch die Repression nicht ausgeblieben ist: Wasserwerfer in Stuttgart, Angriffe gegen No Border Aktivist_innen in Brüssel, Räumungen in Berlin und anderen Städten, Polizeikessel auf der Reeperbahn, Knüppeleinsätze im Schanzenviertel und vor dem Astraturm.

In Berlin fanden in den letzten Monaten mehrfach Hausdurchsuchungen zur Beschlagnahme der Interim statt. Dabei geht es teilweise um Bastelanleitungen, teilweise um Aufrufe zu Aktionen. Versuche autonome Medien zu kriminalisieren, zielen wie die Extremismusdiskussion im Umfeld der Innenministerkonferenz darauf ab linke und linksradikale Kritik zu isolieren und mundtot zu machen. Klar, dass wir uns mit der Interim solidarisch erklären. Ebenso, wie mit der kriminalisierten Erklärung zu Castor schottern. Mehr als 1000 Ermittlungsverfahren mit dem Vorwurf des Aufrufs zu Straftaten wurden mittlerweile eröffnet. Uns ist im Zusammenhang mit Castor schottern allerdings auch wichtig zu betonen, dass wir die Vielfältigkeit von unterschiedlichen Aktionsformen weiterhin für notwendig halten, um das Endlager in Gorleben unmöglich zu machen und den Atomkonsens zu kippen. Ob Leute sitzen, blockieren, Schienen demontieren, Barrikaden errichten oder sich aktiv gegen Übergriffe von Polizist_innen wehren, alle Aktionsformen sind gleichermaßen wichtig und richtig!

Begeistert waren wir von der Beteiligung und dem Verlauf der Demonstration "Leerstand zu Wohnraum" und der Hausbesetzung der Juliusstraße neben der Roten Flora. Besonders gut fanden wir, dass nicht wie sonst ein zugiger Altbau, sondern ein sanierter Neubau besetzt wurde. Spart mensch sich im besten Fall die anschließende Renovierung und kann die freiwerdende Energie in Politik, Krawall und sonstiges Remmidemmi stecken. Hervorragend! Damit, wie in den Medien heraufbeschworen, wirklich eine Renaissance der Häuserkämpfe entsteht, müssen wir aber alle noch ein paar Kohlen nachlegen im heißen Herbst. Leerstehende Häuser und Gewerberäume gibt es noch viele mehr und auch der Astraturm ist immer noch unbewohnt. Also die Brecheisen aus dem Keller geholt und klar zum entern!

Wir fordern zum Abschluss alle auf, die Demonstrationen gegen die Innenministerkonferenz und Proteste von Flüchtlingen zu unterstützen. Die Termine von Aktionen und Demos stehen in dieser zeck. Die vielen Aufrufe abzudrucken die in diesem Zusammenhang erschienen sind, haben wir uns an dieser Stelle mal gespart, da sie sehr breit verteilt werden und Online über http://no-imk.blogspot.com/ und http://jumpandrun.blogsport.de aufzufinden sind. Auf zum schwärmen, Innenstadt fluten, Innenministerkonferenz schottern!

zeck



Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!).

Eigendruck im Se bstver ag.

Autonome Vollversammlung Hamburg

Die nächste AVV findet ausnahmsweise aufgrund der IMK Proteste am 14.11. um 19:30h in der Flora statt!

Protokolle der letzten VV findet ihr unter http://autonomevvhamburg.blogsport.de/

Dank an die mutigen Aktivist innen!

Wir sind Bewohnerinnen des Schanzenviertels.
Einige von uns wohnen hier schon über 30 Jahre, mehrere sind hier geboren.
Die Entwicklung des Viertels erleben wir mit großem Unbehagen. Unsere Lebensqualität hat sich sehr verschlechtert.
Orte und Möglichkeiten für selbstbestimmte Kommunikation sind und werden zusehends eingeschränkt. Es gibt kaum noch Läden für den alltäglichen Bedarf. Teure Klamottenläden, Kneipen und Cafés haben deren Platz eingenommen. Das Viertel ist überfüllt - besonders an den Wochenenden - mit erlebnishungrigen Tourist_innen. Der Kommerz blüht - das Leben verschwindet!
Viele unserer Freund_innen sind inzwischen weggezogen, weil sie die immens angestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen können und den Stress auf der Straße auch nachts nicht mehr ertragen wollen.

Die Hamburger Regierung versucht Harmonie zu verordnen, durch Verschärfung der Kontrolle, Überwachung und Repression. Immer mehr Menschen sind unzufrieden, fühlen sich ohnmächtig, gelähmt, sie resignieren, versuchen sich irgendwie zu arrangieren.
Da stellt die Rote Flora ein Ort der Hoffnung dar. Ein Ort, in dem Menschen versuchen, die herrschende Normalität infrage zu stellen. Mit all den Widersprüchen und Ungereimtheiten, die das mit sich bringt. Selbst diesen Ort versucht die Tourismusindustrie für ihre Geschäfte zu funktionalisieren.
Die Angriffe nachts in Rahmen des Schanzenfestes gegen Banken, Kommerz und Polizei - gegen das Gewaltmonopol der Regierung - hat die Landesregierung provoziert, ihr wahres Gesicht zu zeigen, die scheinbare Harmonie zu durchbrechen. Dafür danken wir den Aktivist_innen, wir fühlen uns mit ihnen verbunden.
Die Polizei reagierte mit einem neuen Aufstandsbekämpfungskonzept, das wir bisher nur aus den Auseinandersetzungen um die Hafenstraßenhäuser oder z.B. aus Oaxaca/Mexiko oder aus Paris/Frankreich kannten: "Gefahrenzone" weiträumig festlegen, diese Zone von allen Menschen räumen, nur Bewohner_innen der Zone kontrolliert rein lassen.
Wenn jetzt von einigen gesagt wird: "es gebe genügend andere Ziele außerhalb des Viertels, um die gesellschaftliche Normalität in Frage zu stellen", denen antworten wir: nur zu, lasst euch nicht aufhalten, geht mit gutem Beispiel voran. Es steht euch frei, an anderer Stelle, mit wirkungsvolleren Mitteln, euch zu äußern.
Wir haben an den Auseinandersetzungen nicht entscheidend beigetragen. Aber wir konnten immerhin Fliehenden vor der Polizei Schutz gewähren. U.a. indem wir ihnen in mehreren Häusern die Haustüren geöffnet haben.
Auf dem Schanzenfest hing ein Transparent mit der Aussage:
"Keinen Frieden mit den herrschenden Verhältnissen. Eine Welt erkämpfen, in der der Mensch im Mittelpunkt von Denken und Handeln steht - gemeinsam, jetzt und überall !
dem schließen wir uns an.
Hamburg, 05.09.2010

"Landfriedensbruch. Tostedt hat kein Problem mit Nazis. Wir schon."

Dies war das Motto einer großangelegten Flugblattverteilaktion am 3.10. in Tostedt. 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten nutzen den verkaufsoffenen Sonntag, um erneut auf das Naziproblem in Tostedt aufmerksam zu machen und zum antifaschistischen Handeln aufzurufen. Aufgeteilt in zwei Gruppen, wurden die Antifas in verschiedenen Straßen und Wegen aktiv. Während der Verteilaktionen wurden Anwohnerinnen und Anwohner angesprochen, Briefkästen und Autos mit Flugblättern versorgt und Naziaufkleber entfernt bzw. überklebt. Auch die Besucherinnen und Besucher des Festes am Platz Am Sande erhielten die Flugblätter und wurden über die antifaschistische Aktion informiert.
Nach einiger Zeit traf auch die Polizei ein, beließ es aber beim Beobachten. Ohne Störungen endete die Aktion um kurz vor 15 Uhr am Bahnhof.

"Landfriedensbruch. Tostedt hat kein Problem mit Nazis. Wir schon." ist auch der Name einer Kampagne, die verschiedene antifaschistische Gruppen aus Norddeutschland gestartet haben. Seit Monaten finden Übergriffe von Nazis in Tostedt und Umgebung statt. Nichtrechte Jugendliche und junge Antifaschistinnen und Antifaschisten werden in Tostedt immer wieder bedroht, verfolgt oder verprügelt. Höhepunkte dabei waren die brutalen Überfälle auf Wohnungen in Hollenstedt im April und in Wistedt im Mai.

In Tostedt ist eine gut strukturierte und aktive Naziszene beheimatet. Immer wieder finden Veranstaltungen und Konzerte statt. Mit dem Naziladen "Streetwear Tostedt" verfügt die Szene auch über einen Treffpunkt mit überregionaler Bedeutung. Mit der Kampagne "Landfriedensbruch. Tostedt hat kein Problem mit Nazis. Wir schon." wollen Antifaschistinnen und Antifaschisten in Tostedt intervenieren. Es geht in Zukunft darum, öffentlich über die Tostedter Verhältnisse und Nazistrukturen aufzuklären, diese zurückzudrängen und die Nazis konkret in ihrem Handeln einzuschränken. Auch geht es darum, in das örtliche Klima des Verharmlosens und Verschweigens einzugreifen und die Opfer der rechten Gewalt zu unterstützen. Mit verschiedenen Aktionen soll den Nazis ihr örtlicher Freiraum genommen und antifaschistisches Handeln gefördert werden.

http://www.landfriedensbruch.tk

Rüstungskonzern Blohm & Voss in der Hand von Antifaschisten

Jugendliche aus dem Umfeld der FDJ besetzten am 25.10. Dock 10 der Blohm & Voss Werft im Hamburger Hafen. Sie begrüßten damit eine Kundgebung an den gegenüberliegenden Landungsbrücken.
Damit antworteten sie einem Aufruf der Jugendlichen und Arbeiter_innen der griechischen KKE, die am 04. Mai diesen Jahres die Akropolis besetzten und von der Polizei geräumt wurden:
"PEOPLE OF EUROPE RISE UP!"

Wir haben heute geantwortet:
Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei. Klassenkampf statt Weltkrieg.



Unverträglich glücklich - Rote Flora bleibt!

Im März 2001 wurde die Rote Flora von der Stadt Hamburg an einen Investor verkauft. Der Verkaufsvertrag enthält eine Vielzahl von Klauseln und Einschränkungen: Unter anderem muss die Immobilie als Stadtteilzentrum genutzt werden, im Falle eines Weiterverkaufs ist der erzielte Gewinn an die Stadt abzuführen, die Stadt behält sich ein Vetorecht vor.
Nach zehn Jahren, also im März 2011, fallen einige der Klauseln weg, darunter das Vetorecht der Stadt, wodurch sich die Rahmenbedingungen für den Verkauf der Roten Flora ändern – was zu einer Räumung und einem Abriss des Gebäudes führen könnte. Im Zuge dessen bringt sich Investor K. in Stellung und versucht, die Stadt unter Druck zu setzen. Welche konkreten Ziele er momentan verfolgt, ist undurchsichtig. Erfahrungen in der Vergangenheit legen jedoch nah, dass sein Antrieb eigennützig ist. Sei es finanzieller Art, sei es in Form einer Ersatzimmobilie, oder sei es der Versuch einer Selbstbeweihräucherung als (Möchtegern)Kulturmäzen – er wird schon nicht zu kurz kommen. Stadt und Bezirk scheinen dem Treiben etwas hilflos gegenüber zu stehen und die Medien spekulieren schon mal eifrig über die Zukunft des Projekts Rote Flora.

Besetze deine Stadt

Wir aber spekulieren nicht. Wir empfinden die jetzige Situation der Roten Flora nicht primär als Bedrohung, sondern vor allem als Chance, die Aktualität linksradikaler Positionen mit Gewicht in die Auseinandersetzung zu werfen. Dabei steht die Rote Flora nicht alleine. Kämpfe und Konflikte um städtischen Raum und gesellschaftliche Ressourcen nehmen zu, die „Recht auf Stadt"-Bewegung ist ein Ausdruck davon. Gleichzeitig verschärft sich die repressive Situation im Zusammenhang einer bürgerlichen Extremismusdiskussion. Hier wird suggeriert, dass linke Aktivist_innen die Hitparade des Extremismus in Sachen Gefährlichkeit anführen und damit besonders aggressiv überwacht und bekämpft werden müssten. Gerade unter diesen Bedingungen sind gesamtgesellschaftlich radikale Veränderungen hinsichtlich der Verteilung von Macht, Kapital und Raum notwendig, um eine emanzipatorische Politik zu realisieren.

Die Rote Flora ist nach wie vor besetzt. Unabhängig von städtischen und vertraglichen Gängelungen ermöglicht der Besetzt-Status den Nutzer_innen des Projekts, ein praktisches und radikales Infragestellen des herrschenden Status quo – ohne Gefahr zu laufen, Gelder gestrichen, Mietverträge gekündigt oder sich mit Sanktionen des/der Eigentümer_in konfrontiert zu sehen. Hieraus entstehen Möglichkeiten, sich einer Fremdbestimmung und damit Bevormundung weitestgehend zu entziehen und damit weniger Sachzwängen, die sich aus der herrschenden Verwertungslogik ergeben, unterwerfen zu müssen. Die Rote Flora will sich nicht verkaufen – und muss sich nicht verkaufen. Sie gehört sich selbst, auch wenn Herr K. und das „Unternehmen Hamburg" dies anders sehen mögen.

Der politische Weg, sich konsequent herrschenden Eigentumslogiken auch hinsichtlich der Frage der vertraglichen Legalisierung zu entziehen, erweist sich für uns nach wie vor als richtig. Das Risiko, mit diesem Weg die Rote Flora aufs Spiel zu setzen, bestand immer und besteht weiterhin. Wir gehen es nicht leichtfertig, sondern bewusst ein. Wie auch schon in der Vergangenheit lehnen wir weiterhin Verträge als Mittel oder Strategie der Befriedung politischer Verhältnisse ab. Nicht um anachronistisch alten Idealen nachzuhängen, sondern weil dieser Weg die politische Sichtweise des Projekts Rote Flora gleichzeitig repräsentiert und ermöglicht: Das Ablehnen vertraglicher Lösungen ist unser Ausdruck der Kritik an städtischen und gesellschaftlichen (Besitz)verhältnissen. Wir haben uns den Raum, den wir wollen, einfach genommen – ohne irgendjemanden zu fragen. Für diese Unverschämtheit, für diesen Akt der Aneignung und der Revolte steht die Rote Flora als Symbol – weit über die Grenzen Hamburgs hinaus. Ein Symbol, das durch sein wetterresistentes Dasein die scheinbar unumstößlichen Logiken der ökonomischen Sachzwänge, der Gesetze und des selbsterklärt „gesunden Menschenverstandes" tagtäglich infrage stellt und ihnen ein Stachel im Fleische ist.

In der 21-jährigen Geschichte der Roten Flora wurde von staatlicher Seite immer wieder versucht, diesen Stachel zu ziehen, das Projekt zu befrieden, zu integrieren, zu vereinnahmen.
Zwei Mal – 1993 und 2001 – durch Legalisierung über Verträge und, unmittelbar nachdem der zweite Legalisierungsversuch zurückgewiesen wurde, durch den Verkauf des Gebäudes an einen angeblich uneigennützigen „Mäzen". Nachdem auch dieser nicht bei uns landen und das Projekt befrieden konnte, wurde der Besetzt-Status des Gebäudes und sein linksradikales, autonomes und obrigkeitsfeindliches Innenleben nach und nach von der Stadt geduldet und über linke Kreise hinaus akzeptiert. Dies sehen wir als Erfolg unserer Kämpfe um die Rote Flora an; und zwar nicht nur als Erfolg für das Projekt selbst, sondern vor allem auch als durch Aktion begründete Änderung des öffentlichen Diskurses über die Legitimität und Durchsetzbarkeit von politischen Akten der Aneignung wie Hausbesetzungen.

Andererseits macht diese Akzeptanz es auch möglich, dass die Rote Flora mit ihrem pittoresken Abbruchambiente als alternatives Lokalkolorit und authentische Hintergrundkulisse prima zum Galão konsumiert werden kann. Die darin liegende Chance hat beispielsweise die Handelskammer schnell erkannt und die Rote Flora zum Standortfaktor für die Schanze erklärt. So ist das Projekt wider Willen zum Teil des Gentrifizierungsprozesses geworden, den es seit seinem Bestehen bekämpft hat. Diesem Mechanismus lässt sich nur entkommen, indem die Rote Flora sich stets neu widerständig ausrichtet und die Position als Stör- statt Standortfaktor fortlaufend neu definiert und erstritten wird.

Ja stören!

Vor diesem Hintergrund kann die Zukunft des Projekts nicht darin liegen, die Sportschuhe gegen Pantoffeln einzutauschen und es sich im erfolgreich erkämpften, scheinbaren „Freiraum" gemütlich zu machen. Stattdessen werden wir unablässig nach neuen Ansatzpunkten suchen, dem reibungslosen Ablauf von Privatisierung, Ausgrenzung und Vertreibung wieder stärker Sand ins Getriebe zu streuen und widerspenstiger Störfaktor zu sein. Dazu wird die Rote Flora intensiver nach außen treten, in aktuelle Auseinandersetzungen intervenieren oder neue Auseinandersetzungen vom Zaun brechen müssen. Wir wollen aufzeigen, dass es andere Möglichkeiten gibt, als sich an die bestehenden Zwänge und Normen anzupassen. Protest, Aneignungen, Besetzungen, die Infragestellung der herrschenden Begriffe von Legalität – dies sind unverzichtbare Bestandteile einer emanzipatorischen Politik. Wir widersetzen uns einer repressiven Logik, die versucht, unsere Kritik zu kriminalisieren, unser Begehren zu betäuben und Friedhofsruhe als gesellschaftliche Norm des Zusammenlebens durchzusetzen.

Es geht uns um die Idee der Roten Flora als Projekt, nicht vorrangig um die Mauern dieses Hauses. Wir haben mit der Roten Flora

– aufgrund der speziellen Geschichte dieses Projekts und seiner Bedeutung über die Stadt hinaus – die Möglichkeit, in aktuelle Ereignisse einzugreifen und ein linker, radikaler Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Veränderung zu werden. Die Machtverhältnisse modernisieren sich und bilden sich nicht nur in Polizeiknüppeln und Wasserwerfern ab. Gerade staatliche Beteiligungsverfahren wie runde Tische versprechen Mitbestimmung und produzieren dabei nur allzu häufig Ausschlüsse. Denn wer sich am runden Tisch beteiligen darf und über was dort verhandelt wird, ist immer schon Teil von Vereinnahmungspolitik. Mitwirkung und Teilhabe sind eine klassische Form der Unterwerfung. Dies greift sowohl auf sozialpolitischer Ebene: Menschen, die unterstützende Leistungen beziehen, sind gezwungen, nahezu jede Tätigkeit, die ihnen angeboten wird, auch anzunehmen, um ihr mehr Über- als Leben zu sichern. Dasselbe Prinzip liegt auch so genannten Beteiligungsverfahren zugrunde: Nur wer sich im vorgegeben staatstragenden Rahmen beteiligt, darf mitreden; gefasste Beschlüsse sind dann meist ziemlich kritikresistent. Wir aber lehnen eine solche Form der Vereinnahmung und Unterwerfung ab. Auch linke Praktiken der Verweigerung, Intervention und des Protests müssen sich unter den gegenwärtigen Bedingungen weiterentwikkeln.
Wir werden uns weder, sollte es überhaupt soweit kommen, widerstandslos von der Polizei aus dem Gebäude räumen lassen, noch unseren Widerstand in Moderationsverfahren selbst aus unseren Köpfen räumen. Wir wollen aufzeigen, dass radikale Kritik nicht nur legitim, sondern zwingend notwendig ist. In Zeiten, in denen sich die Menschen der Stadt und nicht die Stadt den Menschen anpassen sollen, kann nur eins gelten: Die Stadt gehört allen!

Die Kämpfe um das Ungdomshuset in Kopenhagen hatten internationale Bedeutung, weil der Kampf um Räume, Öffentlichkeit und ein Recht auf Stadt nicht nur auf lokaler, sondern auf globaler Perspektive geführt wird. Der Aufstand in Athen bewegte auch uns hier in Hamburg, weil die daran geknüpften Fragen und Hoffnungen eine ums Ganze gehende Systemfrage stellen. Zukunft ist für uns keine schale Metapher kapitalistischer Modernisierung, sondern ein umkämpfter Ort der Emanzipation und wir sind immer mittendrin. Es gibt keinen Grund, abzuwarten. Bewegung entsteht nur dort, wo wir die Dinge in Bewegung setzen. Also nehmen wir den Fehdehandschuh auf und fordern alle auf, aus der trostlosen Enge der kapitalistischen Normen, Werte und Zwänge auszubrechen. Wir wollen alles, und zwar anders.

Wir starten jetzt!
Wir warten nicht ab, was die Propagandist_innen des Standorts Hamburg, von Kommerzkultur und Law and Order für unsere Zukunft bereithalten. Wir starten jetzt mit der Kampagne „Unverträglich glükklich“, die nicht auf rein defensive Konservierung des Gebäudes und seiner Inhalte ausgerichtet ist, sondern den Charakter der Flora als Ausgangs- und Knackpunkt emanzipatorischer Kritik nicht nur im Stadtteil weiterentwickelt und verstärkt. Beteiligt euch an Debatten und Aktionen, tut euch mit anderen zusammen, zettelt eigene Aktionen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, … an!

UNVERTRÄGLICH GLÜCKLICH -
ROTE FLORA BLEIBT
SENAT UND MÖCHTEGERN-INVESTOREN ABMELDEN!

Hausbesetzung in der Juliusstraße

Am 16.10.2010 wurde im Hamburger Schanzenviertel ein trotz Luxussanierung länger leerstehendes Haus besetzt!



Nicht nur Hamburger Normalzustände: Steigende Mieten, zunehmender Mangel an günstigen Wohnungen, Luxussanierungen und Neubau von immer mehr Eigentums-wohnungskomplexen - auf der anderen Seite Leerstand von über 1 Million qm Büro-raum, erstaunlicherweise jedoch auch von mehr und mehr Wohnungen. Das Haus in der Juliusstraße zum Beispiel lässt Vermieter Landschulze (dem weitere Häuser mit leer stehenden Wohnungen gehören: Susannenstr. 6 vorne, hinten A und B, 9A und 43, Beim Grünen Jäger 2, 6 und 16) seit vier Jahren so gut wie leer stehen. Daran änderte auch der Abschluss der Sanierung im Jahr 2008 nichts - lediglich der Imbiss im Erdgeschoss ist seitdem wieder eingezogen. Möglicherweise wird hier bereits auf eine Wertsteigerung nach der Räumung der Roten Flora spekuliert? Im Schneckentempo werden einzelne Fliesen verlegt und sonstige Arbeiten hinausgezögert, um gegenüber dem Bezirksamt den Rücken frei zu haben.

Der Widerstand gegen diese Zustände breitet sich aus. SAGA-Mieter_innen wehren sich gegen Mieterhöhungen, Fette-Mieten-Partys machen Besichtigungen von über-teuerten Wohnungen zu unvergesslichen Events. Am 23. Oktober findet eine Demo statt gegen Büroleerstand und Wohnungsnot zum Astraturm - der zu 70% leer steht. Aber auch der Klassiker Hausbesetzung ist wieder im Kommen, wie in letzter Zeit in der Marktstraße oder im Erotic Art Museum.

Die Besetzer_innen erklären in einem Flugblatt:
"Wir nehmen uns die Stadt - Wir nehmen uns Häuser!

Sollte heute (wie in Hamburg üblich) zeitnah geräumt werden, halten wir es für wichtig, für den Widerstand gegen diese Normalzustände eine maximale Öffentlichkeit zu schaffen und auf vielfältige Art und Weise deutlich zu machen, was wir von Leerstand, polizeilicher Räumung und ähnlichen Unzumutbarkeiten halten. Privatisierung und Ökonomisierung städtischer Räume, Gentrifizierung und Vertreibung nicht verwertbarer Menschen sind Teil derselben Standortpolitik. Genau deshalb haben wir entschieden, nicht einen vergammelten Altbau, sondern zukünftige Eigentumswohnungen zu besetzen.
Nehmt, was euch gefällt! Luxus für alle!"

Auf weitere aktuelle Entwicklungen in Hamburg wird weiterhin Bezug genommen. Zunächst auf die Situation der (direkt neben dem besetzten Haus gelegenen) Roten Flora:
"Wir nehmen uns Räume!
Seit über einem Jahr werden und wurden in Hamburg unter dem Stichwort Recht auf Stadt die unterschiedlichsten Räume und Projekte besetzt, angeeignet, wieder belebt und (zwischen)genutzt. Legal, illegal, temporär oder dauerhaft - es wird nicht mehr mit demütiger Anspruchslosigkeit abgewartet, bis die Stadt ein Stadtteil- oder Kultur-zentrum zur Verfügung stellt. Zur gleichen Zeit startet der so genannte Besitzer der Roten Flora in den Medien ei-nen langfristig angelegten Angriff auf das Projekt. Im Hinblick auf seinen 2011 aus-laufenden Vertrag mit der Stadt Hamburg möchte Kretschmer die Immobilie möglichst gewinnbringend abstoßen, sich dabei möglichst wichtig machen und seinen elitären Kulturbegriff unter die Leute bringen. Was man sich darunter vorzustellen hat, kann man live im Viertel begutachten: Kommerz, Mainstream und billige Arbeitskräfte bilden die Eckpfeiler des Kulturstandorts Schanze. Die Flora braucht keine Investoren, Eigentümer oder Besitzer, egal ob städtisch oder privat. Sie braucht auch keine Verträge oder Verhandlungen, sondern weitere besetzte Häuser in der Nachbarschaft! Wir verstehen uns als Teil einer Kampagne für selbst organisierte Räume, gegen Privatisierung und Kommerzialisierung. Wir sind solidarisch mit allen bedrohten Projekten in Hamburg, Berlin und anderswo. Rote Flora bleibt!"

Anschließend wird zu den Aktivitäten gegen die Innenministerkonferenz aufgerufen:
"Wir nehmen uns die Straße!
Im November findet in Hamburg die diesjährige Innenministerkonferenz statt. Diese Veranstaltung steht für alltägliche Repression wie Verschärfung von Demonstrations- und Versammlungsgesetzen, Verlagerung von Kompetenzen von der gerichtlichen auf die polizeiliche Ebene, Vertreibung von und Ortsverbote für als unerwünscht geltende Gruppen, Überwachung, Erfassung und Datenspeicherung auf einem noch nicht da gewesenen Niveau - sowohl als Ausschlussinstrument, wie rassistische Flüchtlingspolitik in Form von Abschiebungen und Residenzpflicht, mehr und mehr auch als Moment ganz normaler Regierungstätigkeit und Kontrolle gegenüber der gesamten Bevölkerung. Hinzu kommt in diesem Jahr die Extremismusdebatte, die Menschen, die Polizeiautos beschädigen, als Staatsfeind Nr. 1 und schlimmer als die Nazis dämonisiert und ganz eigene Straftatbestände neu erfindet. Extremismusdebatte, Repression und Ausschluss ebenso wie Kriminalisierung von Hausbesetzer_innen und Gentrifizierungsgegner_innen und faktische Demonstrati-onsverbote an Orten wie der Innenstadt, die man exklusiv für Konsum und Tourismus reservieren möchte, sind Anlass und Thema unterschiedlichster Aktionen vom 13. bis 19. November. IMK versenken!"

Die weiteren Ereignisse
Auf die Besetzung erfolgte ein massiver Polizeieinsatz mit Wasserwerfern und Schlagstockeinsatz. Mehrere Unterstützer_innen wurden dabei verletzt. Nach dem Aufbrechen der Türen wurden sieben Personen vorübergehend festgenommen, ED behandelt und angezeigt. Drei weitere Unterstützer_innen erhielten Anzeigen wegen Widerstand. Im Rahmen eines Freiraum- und Antirepressionsblocks auf der Leerstandsdemo wurde die Einstellung dieser Verfahren gefordert, für Besetzungen und den Erhalt der Roten Flora geworben und gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg mobilisiert.

Aus dem Aufruf: "Besetzungen sind wie der Widerstand gegen staatliche Repression kein Anachronismus einer fernen Zeit, sondern ein notwendiger Bestandteil aktueller Kämpfe und Auseinandersetzungen. Die Praxis der kollektiven Aneignung ist ein antikapitalistisches Konzept, welches als Antithese zur heiligen Kuh des privaten Eigentums eine solidarische Umverteilung und temporäre Freiräume möglich macht. Steigende Mieten sind ein wesentlicher Faktor von Vertreibung und Gentrifizierung. Deshalb wehren sich z.B. Mieter_innen von Saga Wohnungen, die sich Mieterhöhungen nicht bieten lassen, gegen dieselben Auswirkungen von Standortpolitik, wie diejenigen, die bestehende Normen übertreten und Räume besetzen und dem Wohnungsmarkt entziehen oder sich Freiräume erkämpfen. Wir unterstützen deshalb Initiativen wie Fette Mieten Partys oder Aktionen wie die Besetzung des Gängeviertels, von leerstehenden Gebäuden in Hamburg wie in der Marktstrasse oder im ehemaligen Erotic Art Museum auf dem Gelände des geplanten BNQ. Diese Praxis findet auch an anderen Orten ihren Ausdruck in der Entstehung des AZ in Köln oder Besetzungen in anderen Städten, wie Dresden, Darmstadt oder Freiburg. Ebenso wichtig wie der Prozeß der Aneignung selbst ist uns die Verteidigung von bedrohten Projekten wie der Roten Flora, der Köpi, Liebig14 oder Rigaer94 in Berlin. Die Scharnweberstraße in Berlin und die Alge in Oschersleben waren erst vor wenigen Tagen von einer Räumung betroffen. Besetzte Räume und Hausprojekte sind in dieser Auseinandersetzung für uns kein Rückzugsort oder Selbstzweck, sondern sollten sich als Teil und Motor sozialer Bewegungen und Proteste verstehen.
Squatting und Repression in Europa

In den Niederlanden wurde ein neues Gesetz erlassen, das Squatting unter Strafe stellt, weshalb nun zahlreiche Projekte bedroht sind. Seit mehreren Jahren war die CDA (christlich demokratische Arbeitnehmerschaft) darum bemüht, Hausbesetzungen in den Niederlanden zu kriminalisieren. Mit erstem Oktober 2010 ging dieser Wunsch in Erfüllung. Um die notwendige Unterstützung im Parlament zu erhalten, wurde auf Forderung der PVV (Partei der Freiheit) das von der CDA vorgestellte Strafmaß verdoppelt. In der Praxis werden die Folgen so aussehen, dass im kommenden Jahr vermutlich 6 Räumungswellen durchgeführt werden. Die erste wird noch im Oktober 2010 stattfinden.

Beispielhaft für Angriffe auf Projekte in Europa ist auch die Situation des La Friche: Seit 2002 wird die ehemalige Fabrik in Lyon von autonomen politischen Aktivist_innen, Künstler_innen jeden Genres und anderen praktischen Utopist_innen genutzt und bewohnt. Das Ganze begann als Besetzung und war während der letzten acht Jahre im Stand der Duldung. Die 35000m2 werden von ca. 500 Menschen gefüllt und genutzt. Platz wäre aber noch für viele mehr.
Nach dem Beschluss vom 8. Juni 2010 sollte "La Friche" Ende Juli leer sein. Inzwischen hat die Stadt nun ein zweites Ultimatum für Ende September gesetzt."

Quelle: Indymedia

Demo "Leerstand zu Wohnraum"

Am Samstag, den 23. Oktober, gingen in Hamburg mehr als 5.000 Menschen unter dem Motto "Leerstand zu Wohnraum" auf die Straße, um gegen steigende Mieten und Leerstand sowie für die Legalisierung von Hausbesetzungen zu demonstrieren. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von 108 Initiativen, Vereinen und Organisationen.



Bereits im Vorfeld der gestrigen Demonstration hatte es eine intensive Kampagne zu den Themen steigende Mieten und Leerstand gegeben. Initiativen aus der "Recht auf Stadt"-Bewegung kämpfen seit mehreren Monaten für eine soziale Wohnungspolitik der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA/GWG, nach der Besetzung des Gängeviertels kam es immer wieder zu Hausbesetzungen und seit dem Sommer war die Stadt mit Aufklebern von Avanti gepflastert, auf denen im Layout der Astra-Werbung zu lesen war: "Astraturm besetzen. Was dagegen?".

Das Bündnis "Leerstand zu Wohnraum" hatte für den 23. Oktober eine große Demonstration geplant, um v.a. auf den immensen Leerstand von Büroflächen hinzuweisen. Dieser beträgt inzwischen mehr als 1,2 Mio. Quadratmeter, und trotzdem wird weiter gebaut. Gleichzeitig mangelt es an bezahlbarem Wohnraum und die Mieten steigen stetig an. Der Hintergrund dieser "Absurdität des kapitalistischen Immobilienmarktes" (aus dem Aufruf) ist die Tatsache, dass leerstehende Gewerbefläche als Verluste von der Steuer abgeschrieben werden können. Die damit verbundene Knappheit von Wohnraum treibt wiederum die Mieten in die Höhe. Ziel der Demonstration sollte der Astraturm auf St. Pauli sein, der 2007 gebaut wurde, aber zu 70 Prozent leersteht. Im Vorfeld gelang es dem Demobündnis, 108 Gruppen als UnterzeichnerInnen des Aufrufs zu gewinnen, von den Initiativen aus dem Netzwerk "Recht auf Stadt" über verschiedene Studierendenvertretungen, die Obdachlosenzeitung "Hinz und Kunzt" bis hin zum Hamburger Landesverband.

Mit einer spektakulären Pressekonferenz am 1. Oktober begann die "heiße Phase" der Mobilisierung. Während die VertreterInnen der bürgerlichen Presse vor dem Astraturm warteten, kam ein Umzugswagen um die Ecke gebogen und AktivistInnen begannen, ein provisorisches Wohnzimmer vor dem Turm zu errichten. In der Hamburger Morgenpost war am folgenden Tag zu lesen: "Stadtteilinitiativen fordern: Besetzt die Bürotürme!" (Mopo, 2.10.2010).

Am 16. Oktober sorgte eine Hausbesetzung im Schanzenviertel für erneuten Wirbel in der Öffentlichkeit. Die BesetzerInnen, die ein neu renoviertes, aber fast vollständig leerstehendes Haus neben der Roten Flora für etwa drei Stunden besetzten, bezogen sich explizit auf die Demonstration. Während 300 UnterstützerInnen vor dem Haus standen, wurden Transparente "Miethaie zu Fischstäbchen" und "Leerstand zu Wohnraum" aus den Fenstern gehängt. Gegen 20 Uhr wurde das Haus von der Polizei geräumt. Erstaunlich war das große Echo, das diese Besetzung fand. Sowohl die oppositionelle SPD als auch die mitregierenden Grünen bekundeten - angesichts der Wohnungsknappheit und steigender Mieten - Verständnis für die Aktion. Alle Medien machten auf die Demonstration am 23.10. aufmerksam, die Taz erklärte die Besetzung gar zum "Auftakt einer Kampagne gegen den Leerstand", deren Höhepunkt die Demonstration sei (Taz Nord, 18.10.2010). Die Mopo fragte: "Droht ein neuer Häuserkampf?" und zog Parallelen zu den Kämpfen um die Hafenstraße (Mopo, 19.19.2010). Mit einer Pressekonferenz machte das Vorbereitungsbündnis am 21. Oktober erneut auf die Demonstration aufmerksam.

Ab 13 Uhr sammelten sich bei gutem Wetter mehr und mehr Menschen auf dem Gelände des Universitätscampus. Nachdem erste Redebeiträge gehalten wurden, machten sich mehr als 5.000 Menschen in Richtung Astraturm auf den Weg. Bereits auf dem Uni-Gelände kam es zu mehreren Transparent- und Pyro-Aktionen am Rand der Demo. Das "Fronttransparent" der Demo bestand aus mehreren, mit den Slogans "Leerstand zu Wohnraum" und "Besetzung legalisieren" beschrifteten Umzugskartons, die von AktivistInnen getragen wurden. Die Gruppe Noya hatte aus Pappe zwei riesige Bürotürme gebaut. Insgesamt fuhren mehrere Wagen mit, neben den zwei Lautsprecherwagen ein Umzugswagen, ein Wasserwerfer der Bambulistas und ein Techno-Wagen der Hedonistischen Internationale. Parolen wie "Wohnraum für alle - und zwar umsonst!" und "Hinter dem Leerstand steht das Kapital, der Kampf um Wohnraum ist international" wurden gerufen. Die Polizei hielt sich auffällig im Hintergrund. Auch der autonome Block, der neben Leerstand und Besetzungen auch die im November in Hamburg stattfindende Innenministerkonferenz (IMK) thematisierte, wurde im Gegensatz zur "Recht auf Stadt"-Parade im Dezember 2009 von keinem polizeilichen Spalier begleitet.

Das Spektrum, das auf der Demo mitlief, reichte von AktivistInnen aus dem Netzwerk "Recht auf Stadt" über Flüchtlinge aus dem Lager Horst bis hin zu GewerkschafterInnen von ver.di, deren Vorsitzender Wolfgang Rose wenige Tage vor dem 23. Oktober ebenfalls zur Demonstration mit aufgerufen hatte. Aus dem Flüchtlingslager Horst in Mecklenburg-Vorpommern waren etwa 50 Menschen, hauptsächlich Roma, angereist. Das Lager wird von Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt. Mit einem Hungerstreik hatten Flüchtlinge im September gegen ihre Lebensbedingungen protestiert, am 19. Oktober hatte eine Delegation von ihnen die GAL-Zentrale in Hamburg aufgesucht (Indymedia, 19.10.2010). Ebenfalls zur Demo gekommen waren etwa 100 UnterstützerInnen des Altonaer Museums. Dieses Museum soll den Sparbeschlüssen des schwarz-grünen Senats zum Opfer fallen. In den vergangenen Wochen hatte sich ein breiter Protest dagegen formiert. Nach einer Vorabdemo für den Erhalt des Museums in Altona, schloss sich ein großer Teil von ihnen der "Leerstand zu Wohnraum"-Demo an.

Die Demonstration bog schließlich in die



Marktstraße im Karolinenviertel ein und zog vorbei an einem leerstehenden Haus, das im November 2009 kurzzeitig besetzt worden war. An einer Kreuzung spielte die Blaskapelle "Tuten und Blasen" auf. Weiter ging es in der Feldstraße, wo es vor dem ehemaligen Real-Gelände eine erste Zwischenkundgebung gab. In dem Moment, als die Demo den Ort der Kundgebung erreichte, rollten maskierte AktivistInnen in weißen Overalls aus einem leerstehenden Haus Transparente aus, zündeten Pyros und warfen Konfetti. Die Polizei schritt nicht ein, die temporäre Hausbesetzung wurde nach einigen Minuten erfolgreich beendet. Mit Redebeiträgen wurde auf den Konflikt um die Zukunft des ehemaligen Real-Geländes und die Situation von MigrantInnen aufmerksam gemacht. Während sich AnwohnerInnen gegen eine vom Bezirk geplante "Music Hall" wehren, wurde vor wenigen Tagen bekannt, dass der Staatsschutz die Bürgerinitiative "die leute: real" überwacht. Offizielle Begründung: Diese sei Teil des "Recht auf Stadt"-Netzwerks.

Die Demo zog weiter, vorbei am leerstehenden Mui-Hotel in der Budapester Straße. Auch in diesem Haus, das bereits im August temporär besetzt worden war, waren offensichtlich AktivistInnen gewesen. Ein Transparent "Hier entstehen 10 Sozialwohnungen" hing aus einem Fenster. Nach der Besetzungsaktion in der Feldstraße zeigte hier auch zum ersten Mal die Polizei Präsenz, eine Kette bewachte das Objekt. Zu einer weiteren Transparent-Aktion kam es auf der Reeperbahn, als die Demo an den Esso-Häusern vorbeizog. Ein riesiges Transparent der MieterInnen-Initiativen Esso-Häuser und No BNQ wurde heruntergelassen. Die rund 100 Wohneinheiten der Esso-Häuser waren von der "Bayerischen Bau und Immobilien Gruppe" aufgekauft worden, die eine Umstrukturierung des Grundstücks anstrebt, die BewohnerInnen aber über ihre Zukunft im Unklaren lässt. Diese befürchten, rausgeschmissen zu werden und keinen bezahlbaren Wohnraum im Stadtteil mehr finden zu können. Im Juli gründete sich deshalb die MieterInnen-Initiative Esso Häuser, die gegen ihre Vertreibung kämpft.

Kurz vor dem Astraturm spaltete sich die Demonstration auf. Mit Polizeiketten war der Turm und der privatisierte Platz davor von den DemonstrantInnen abgeriegelt worden. Security- Angestellte sorgten im Inneren für Sicherheit. Während der große Teil der Demo in einem Schlenker auf der offiziell angemeldeten Strecke vor den Turm zog, nahmen mehrere hundert Menschen den direkten Weg. Hier kam es dann zu ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Menschen mit Pfefferspray und Tonfas angriff. Auf der anderen Seite führte das mit Schaumstoff und Reifen gepolsterte Schwabinggrad Ballett eine Performance vor der Polizeikette auf, auch hier entwikkelte sich eine kleine Rangelei. Mit einem Auftritt der Band Caracho und einem Redebeitrag der AG Mieten zur Wohnungspolitik der SAGA endete der offizielle Teil der Demonstration.



Die Polizei ließ es sich jedoch nicht nehmen, am Ende noch für eine Eskalation zu sorgen. Etwa 20 AktivistInnen wurden von Polizeikräften mit dem Vorwurf einer Spontandemonstration auf der Reeperbahn eingekesselt. Nach und nach wurden alle einzeln abgeführt, durchsucht und abtransportiert. Mehr und mehr Menschen von der Demonstration zogen nun zum Kessel und setzten sich mit lautstarken Sprechchören für die Freilassung der Betroffenen ein. Die Polizei fuhr daraufhin Wasserwerfer auf und versuchte die Straßen zu säubern, vereinzelt flogen Flaschen.

Insgesamt lässt sich aber ein überwiegend positives Fazit der Demo ziehen. Mit mehr als 5.000 Menschen (die bürgerlichen Medien sprechen von 3.000 bzw. 3.500) wurden die Erwartungen des Vorbereitungsbündnisses noch übertroffen. Damit konnte auch an die letzte große Parade der "Recht auf Stadt"-Bewegung vom Dezember 2009 angeknüpft werden. Das Konzept, ein breites Bündnis zusammenzutrommeln, aber dennoch radikalere Forderungen wie die Legalisierung von Besetzungen und die Vergesellschaftung von Wohnraum ins Gespräch zu bringen, hat sich bewährt. Bereits im Vorfeld konnten eigene Positionen in der Öffentlichkeit transportiert werden. Temporäre Besetzungs- und Transparentaktionen am Rande der Demo machten die Entschlossenheit deutlich, die Wohnungsfrage notfalls in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kampf gegen steigende Mieten und die kapitalistische Wohnungspolitik wird in den kommenden Monaten weitergehen. Gerade angesichts der Drohungen der Bundesregierung, die Kosten für energetische Sanierungen zu 100 Prozent auf die MieterInnen umzulegen - was für Hamburg Mieterhöhungen von durchschnittlich 100 Euro bedeuten würde (Mopo, 1.10.2010), wird das auch bitter nötig sein.

Die Reaktionäre geben sich modern -

oder: wie ein ehemaliges Kollektiv den eisernen Besen entdeckt

Worum geht's?

In der Virchowstrasse in Altona-Altstadt plant der Verein Jugendhilfe e.V. die Ansiedelung einer Suchthilfeeinrichtung für NutzerInnen, die zu einem Großteil aus St. Pauli und Altona kommen. In dieser Einrichtung sollen die bereits bestehenden Einrichtungen "Stay Alive" aus der Davidstrasse und das "ABC" aus der Großen Bergstraße zusammengelegt werden. Die "Jugendhilfe e.V." unterstützt Menschen mit Suchtproblemen und ist in der Wohnungslosenhilfe aktiv. In der Einrichtung soll die Möglichkeit zur Beratung, Ausstiegshilfe und zu ärztlicher Behandlung gegeben werden. Zudem werden dort hygienische Drogenkonsumräume sowie Lebenshilfe und -training angeboten.

Gegen diese Pläne wurde im Juli ein Bürgerbegehren von der Initiative "Unser Altona" auf den Weg gebracht.

Die übliche Argumentation

Der geplante Umzug der beiden Einrichtungen lässt einigen der zukünftigen NachbarInnen kalte Schauer über den Rücken laufen - sie sehen damit den Niedergang des Stadtteils besiegelt.

In den Publikationen von "Unser Altona" finden sich die üblichen Vorurteile gegenüber Suchtkranken. So wird z.B. die Begünstigung von vermeintlicher Beschaffungskriminalität, Dealer-Szene und Drogendepots mit der baulichen Struktur des Gewerbegebiets begründet. Hierbei wird versucht, eine Drohkulisse von unberechenbaren kleinkriminellen Jugendlichen zu erzeugen, die vermeintlich mit der Ansiedlung der Einrichtung den Stadtteil bevölkern. Mit diesem Alte-Leute -Schreckgespenst soll eine Stimmung der Angst und Ausgrenzung im Bezirk aufgebaut werden. Die Akteure von "Unser Altona" sind sich dabei nicht einmal zu blöd, dem zukünftigen Gebäude die Eignung abzusprechen, da es angeblich durch "Gewürzessenzen" kontaminiert sei. Die Reaktion dieser "guten Bürger" ist sattsam bekannt und wiederholt sich so oder ähnlich ständig in allen Hamburger Stadtteilen. Sei es gegen eine psychiatrische Tagesklinik, ein Flüchtlingslager oder eben eine Suchthilfeeinrichtung. Dieser Reaktion liegt stets die Haltung zugrunde, dass gesellschaftliche Probleme nicht sichtbar werden sollen, jedenfalls nicht vor der eigenen Haustür - nach dem Motto: "aus dem Augen aus dem Sinn". In einigen Fällen ist es auch nicht unüblich, dass den NutzerInnen der jeweiligen Einrichtung schlicht das Existenzrecht abgesprochen wird.

Neu in der Argumentation

Neu und modern sind in diesem Fall jedoch einige der Argumente in die sich die alten reaktionären Ressentiments kleiden. Einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens ist Achim Pettera, Geschäftsführer des ehemaligen Druckereikollektivs(!) "reset", welches direkter Nachbar des neuen "Stay Alive" wäre. Die ehemaligen Kollektivmitglieder wähnen sich offenbar am Puls der Zeit, wenn sie versuchen, eine vermeintlich kritische Haltung gegenüber der Stadtpolitik mit ihrer Ausgrenzungslogik in Übereinstimmung zu bringen.

"Im Moment befindet sich das "Stay Alive" in der Davidstraße auf St. Pauli. (...) Hier ist Tag und Nacht Leben, das heißt: Hier fühlen sich alle Beteiligten unter ständiger Beobachtung und damit einer sozialen Kontrolle unterzogen. Doch der Kiez verändert sich. Es wird aufgeräumt. Es wird Geld verdient. Schicke Hotels und Bars verdrängen die Alteingesessenen." (Quelle: Keine Ansiedelung von Drogenkonsumräumen in der Virchowstraße. Infoblatt gegen die Ansiedelung der Drogenhilfeeinrichtung Stay Alive in Altona Altstadt. www.unser-altona.org)

Durch den befürchteten Wertverlust ihrer Immobilie in Alarm versetzt, schaffen es diese aufgeschreckten ehemaligen Linken tatsächlich, die Verdrängung von "Alteingesessenen" durch die Aufwertung St. Paulis zum "Edelquartier" mit der angeblich notwendigen Überwachung eines Teils dieser BewohnerInnen in einen Zusammenhang zu bringen. In Bezug auf die Ansiedelung der Einrichtung in Altona-Altstadt gipfelt dieser Zynismus in der Anklage, dass "wirtschaftlicher Gewinn mehr Priorität" habe als ein "sozial ausgeglichener Stadtteil".

Zusammenhang mit der Gentrifizierung

Ganz abgesehen davon, dass die "Jugendhilfe e.V." nicht gewinnorientiert arbeitet, bedient sich die Bürgerinitiative hier derselben Gentrifizierungslogik, welche sie im Fall von St. Pauli anprangert. Es ist auffällig, wie stark in den Publikationen von "Unser Altona" die Schlagworte aufgegriffen werden, mit denen derzeit in Altona-Altstadt die geplante Umstrukturierung (Sanierungsgebiet S5, "Zukunftsplan Altona") verkauft werden soll. Zwar distanzieren sich die regierenden Altonaer Bezirksfraktionen in diesem Fall von der Initiative gegen das "Stay Alive". Es ist jedoch auffällig, wie passend die Worte vom "lebenswerten Altona" oder "familienfreundlichen Quartier" von der Bürgerinitiative aufgegriffen werden. Hier wird lediglich "von unten" umgesetzt, was die herrschende Politik und die StadtplanerInnen meinen, wenn sie von der "ungünstigen sozialökonomischen Struktur" der zu vielen Armen und Menschen ohne deutschen Pass reden, die es zu korrigieren gelte.

Bei dem Gerede vom "lebenswerten Altona" wird auch deutlich, welch Geistes Kind diese Initiative ist. Denn für wen soll Altona lebenswert sein? Anscheinend nicht für AnwohnerInnen mit Suchterkrankung. Daraus wiederum ergibt sich die Frage ob "Unser Altona" Suchtkranke als nicht lebenswert ansieht, denn sonst würde man nicht einen lebenswerten Bezirk fordern und gleichzeitig eine bestimmte Minderheit ausgrenzen.

Aliens und Solidarität

Wie bereits erwähnt und auch allen Seiten bekannt, wohnt ein beträchtlicher Teil der BesucherInnen des "Stay Alive" in Altona. Demgegenüber gewinnt man bei der Argumentation der Bürgerinitiative den Eindruck, die DrogenkonsumentInnen kämen von einem anderen Stern und fielen wie die Aliens in Altona ein. Wir gehen davon aus, sie wissen es besser und fordern die Vertreibung ihrer unliebsamen NachbarInnen - zumindest aus der öffentlichen Wahrnehmbarkeit.

Dieser menschenverachtenden Haltung setzen wir unsere Solidarität entgegen. Unser Anliegen als AnwohnerInneninitiative ist es, die Verdrängung der jetzigen BewohnerInnen in Altona Mitte zu verhindern. Dabei ist uns klar, dass wir uns im Viertel nicht in einem widerspruchsfreien Raum bewegen. Unsere Nachbarschaft ist trotz relativ einheitlicher niedriger Einkommensstruktur genau so von sozialen Spaltungen durchzogen, wie es in dieser Gesellschaft üblich ist. Für uns bedeutet das, dass wir den durch Verdrängung und Vertreibung bedrohten Raum in Altona nicht nur erhalten, sondern ihn auch mit Solidarität füllen wollen. Solidarität beinhaltet für uns, denen, die der Hilfe und Unterstützung dringend bedürfen, aktiv und parteilich und auch auf der politischen Ebene im gemeinsamen Kampf zur Seite zu stehen. Das bedeutet konkrete Hilfe und darüber hinaus mit Gleichgesinnten zusammen auf eine Veränderung der

politischen und sozialen Ursachen für das schlechte Leben und die Unterdrückung hinzuwirken.
Daher sagen wir: Schluss mit der Vertreibung und mit der Ausgrenzung und Stigmatisierung der Menschen, die am meisten unsere Hilfe und Unterstützung brauchen.
Wir sagen: Herzlich Willkommen, "Stay Alive"! Wir freuen uns für unsere NachbarInnen, die nun bald in nächster Nähe ihre Lebenshilfe in Anspruch nehmen können.

AnwohnerInnen-Initiative
"Kein Ikea in Altona"

Dokumentation:

"wir haben mal auf den busch geklopft, um zu sehen, was sich bewegt"

- bullenzitat zu den g8-durchsuchungen

folgende personen "inneren sicherheit" haben heute nacht von uns besuch erhalten:

1. monika harms, bundesanwältin
   - böller in den vorgarten
2. konrad freiberg, chef der gdp
   - auto kaputt
3. heiko vahldiek, innensenator
   - farbe an der hauswand

wenn sich im november die akeure der sogenannten "inneren sicherheit" treffen, wollen wir nicht zusehen , sondern schon jetzt unseren teil für eine gelungene veranstaltung beitragen.
seit jahresanfang spricht die bundesanwaltschaft von einer umkehr in ihrer schwerpunktsetzung hin zu einer primären verfolgung und durchleuchtung der linken szene. seitdem werkeln verschiedene geheimdienste an berichten über den neuen alten "staatsfeind nr. 1": die radikale linke.

parallel dazu finden umfangreiche abhöraktionen und observationen statt.
schon einen schritt weiter ist die baw bei der verstärkten repression gegen migrantische linke. abseits einer größeren öffentlichkeit fanden und finden mehrere verfahren gegen türkische linke statt. in den prozessen in stuttgart-stammheim kam es bereits zu verurteilungen von 2-3 jahren für die mitgliedschaft in der dhkp-c. bei allen unterschieden und widersprüchen gegenüber organisationsformen und politischer ausrichtung, müssen wir uns fragen, wie eine gemeinsame antwort auf staatliche repression zu finden ist.
seit kurzem laufen erneut prozesse gegen ehemalige mitglieder der raf. vordergründig geht es darum, individuelle "schuldzuweisung" zu bekommen.
über 30 jahre war es allen egal, wer wofür verurteilt wurde. hauptsache, sie verschwanden hinter schloss und riegel. Worum es wirklich geht, ist die abwicklung linker widerstandsgeschichte und ein nicht endendes rachebedürfnis der baw. wir wünschen den betroffenen viel kraft !!!!!!

wenn sich die verschiedenen sicherheits-, verfassungsschutz- und polizeiorgane treffen, können wir davon ausgehen, dass es auch wieder um die selbstverteidigung gegenüber übergriffigen polizeibeamt_innen gehen wird.
innensenator und gdp schreien nach einem starken staat und verschärften gesetzen, um ihre schlägertruppen vor dem ach so übermächtigen "chaoten" zu schützen.
sie stemmen sich gegen noch so winzinge schritte gegen polizeigewalt (kennzeichnungspflicht / amnesty international-bericht) und gießen mit dem heraufbeschwören von toten und bürgerkriegsähnlichen zuständen zusätzlich öl ins feuer.

ausgangspunkt unserer aktion sind die unterschiedlichen arten von druck und ausgrenzung innerhalb einer autoritären gesellschaft. nahezu alle lebensbereiche sind von repression betroffen und immer mehr menschen bekommen diesen druck direkt oder indirekt zu spüren. Linksradikale politik dient der infragestellung der herrschenden gewaltverhältnisse und ihrer normen und zwänge.
wir wollen nicht: mitmachen, funktionieren, uns verkaufen und durchsetzen im wettbewerb "survival of the fittest"!

wir wollen ein selbstbestimmtes leben, frei von kontrolle und überwachung!

wir alle sind die unruhe
wir alle sind die revolte
wir alle sind das leben!

hamburg im oktober 2010
autonome gruppen





No IMK

Die Innenministerkonferenz (IMK) ist eine seit 1954 regelmäßig stattfindende Konferenz der Innenminister bzw. -senatoren der Bundesländer unter Beteiligung verschiedener Sicherheits-, Verfassungsschutz- und Polizeiorgane. Sie findet zweimal im Jahr statt und wechselt jährlich den Ort. Dieses Jahr liegt der Vorsitz bei Innensenator Christoph Ahlhaus in Hamburg, wo zunächst am Donnerstag und Freitag, 27. & 28. Mai 2010 die reguläre Frühjahrskonferenz stattfinden soll.
Auf der Tagesordnung stehen immer Themen rund um den Begriff "Innere Sicherheit": Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten, "Ausländerrecht", "Bekämpfung des Terrorismus". Die IMK formuliert für bundesdeutsche Politik ausschlaggebende Gesetzesinitiativen: Es geht um die Ausweitung und Verschärfung des Überwachungs- und Kontrollapparates, um die Erhaltung, Festigung und Verteidigung bestehender kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Machtverhältnisse dieses Staates - nach Innen und nach Außen.
Der organisierte Widerstand gegen die IMK wurde bis heute fast ausschließlich als traditioneller Kampf der Anti-Ra-Bewegung geführt. Dieses Jahr ist es anders: Der No-IMK-Vorbereitungskreis besteht aus einem breit gefächertem Spektrum linker Bewegungen!
Im Mai und vor allem im November werden wir gemeinsam die Innenministerkonferenz delegitimieren, stören, unsicher machen!
Hamburg unsicher machen! - Innenministerkonferenz ins Wasser fallen lassen!

Termine

13. - 19. November 2010
Demos und Aktionstage gegen die Innenministerkonferenz inHamburg

13.11.
14 Uhr Hachmannplatz (Hauptbahnhof): Antirassistische Auftaktdemo
anschl. Jump and Run - DEMO [AKTION] RAUM
18 Uhr Gänsemarkt: Antirepressionsdemo

14.11.
Vollversammlung und Vorbereitung (19.30 Uhr Flora)

15.11.
Gegen Gentrifizierung und Repression - ein Stadtrundgang

16.11.
Knastaktionstag
20 Uhr Rote Flora: Vortrag und Diskussion zur aktuellen Situation in Frankreich, Aufständen, sozialen Kämpfen und Repression.

17.11.
17.30 Uhr, Hachmannplatz: Demo von Jugendliche ohne Grenzen (JOG) und antirassistischen Gruppen.

18. - 19.11.
Uni HH: Ausstellung "Traces from Lesvos through Europe" - Ein Jahr nach dem No-Border-Camp in Lesvos 2009

18.11.
16 Uhr, "MobMoveAction", Antirepressiver Stadtrundgang
18 Uhr JOG Gala, Polittbüro
ab 23 Uhr Subspace Soli-Party in der Roten Flora.

19.11.
Abschlussaktionen

Während der Aktionswoche gibt es einen Info-Punkt im LIZ (Karolinenstr 21, Hinterhaus). Der Info-Punkt wird besetzt sein am Sa, 13.11 von 11 bis 22 Uhr und dann von Montag - Donnerstag von 16 bis 22 Uhr. Abends gibts Vokü.

Kontakt
Infotelefon: 01578/ 8 90 09 73
Email: no-imk@nadir.org (pgp)

Schlafplatzbörse
01578/ 8 90 09 72 (ab 6.10., 18-20 Uhr)
Email: sleepwell-hh@nadir.org

weitere Infos unter: http://no-imk.blogspot.com.

Polizeigewalt in Stuttgart und anderswo

Solierklärung aus Hamburg

Am Donnerstag den 30.9. ist es im Zusammenhang der Räumung eines Parks zur Durchsetzung des umstrittenen Projektes Stuttgart 21 zu schweren Übergriffen der Polizei gekommen. Durch den Einsatz polizeilicher Gewalt sollen Protestierende abgeschreckt und Fakten geschaffen werden. Schwere Augenverletzungen durch Wasserwerfereinsätze und Knochenbrüche durch Tonfaschläge werden dabei bewusst in Kauf genommen. Wir, als ein Teil der Mobilisierung gegen die diesjährige Innenministerkonferenz, verurteilen diese polizeiliche Gewalt und sind solidarisch mit den Betroffenen.
Die polizeilichen Übergriffe von Stuttgart sind kein Einzelfall und auch keine persönliche Verfehlung einzelner Beamter, sie sind vielmehr eingebunden in die autoritäre Ideologie eines starken Staates, der nach Innen und Außen zunehmend aufrüstet. Brokdorf, Wackersdorf, Gorleben oder die Startbahn West in Frankfurt sind Synonym und Begriff für den Umgang des Staates mit Protestbewegungen. Die Räumung von Hüttendörfern, der Kampf um Baustellen von Großprojekten und milliardenschweren Bauruinen sah und sieht sich mit einer politisch gewollten Kriminalisierung konfrontiert. Protest soll hierdurch kontrollierbar werden, zu einem ungefährlichen Beiwerk und demokratischen Feigenblatt von Verhältnissen, in denen die Entscheidungen längst gefallen sind.

In ganz Europa werden Städte durchökonomisiert und Metropolen in gegenseitiger Standortkonkurrenz ausgebaut. Derselben Logik wie der Elbphilharmonie als Aushängeschild einer Marke Hamburg folgt auch Stuttgart 21. Städte sind darin kein Ort des öffentlichen Lebens mehr, sondern sollen



vor allem ökonomisch verwertbar gemacht werden. Die Vertreibung störender, weil armer oder nonkonformer Menschen geht ebenso damit einher wie die Steigerung von Mieten und Gentrifizierung ganzer Stadtteile.
Die Umwandlung des Stuttgarter Kopfbahnhofes ähnelt im stadtentwicklungspolitischen Sinne dem Umbau von Bahnhöfen in vielen anderen Städten. Gleise sollen unter die Erde. Neue Baugebiete erschlossen werden. Was folgt, sind nicht Sozialwohnungen oder wenigstens günstiger Nahverkehr, sondern Modernisierung als Motor einer weiteren Aufwertung, sprich Verteuerung des Umfeldes. Stadt entwickelt sich dabei nicht selbstbestimmt nach den Interessen der Bewohner_innen, als Verdichtung von Unterschiedlichkeit und sozialer Ort, sondern als Geldanlage und kapitalgerechter Standort.
Das Städtische als Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wird dabei über Privatisierungen oder vermeintliche ökonomische Standortzwänge zunehmend abgeschafft. Proteste, die in immer mehr Städten gegen diese Entwicklung aufflammen, Recht auf Stadt in Hamburg, der Kampf um Freiräume und Projekte im Ruhrgebiet, in Berlin, Köln, Darmstadt oder Freiburg, teilen in allen ihren Unterschiedlichkeiten die Forderung nach Aneignung und Teilhabe im öffentlichen Raum.
Wir finden richtig, dass sich Bewegungen von Repression wie in Stuttgart nicht einschüchtern lassen und mit Demonstrationen, Besetzungen, Blockaden oder Sabotage versuchen, Widerstand zu leisten. Protest, der diesen Namen verdient, kann sich nur im Widerspruch entwickeln, nicht durch Vereinnahmung oder Versuche der Integration in runden Tischen, die diesen lediglich mundtot machen sollen. Verletzungen von Demonstrant_innen, Beschränkungen des Demonstrationsrechtes, vorübergehende Festnahmen und die Einschüchterung von Beteiligten an Protesten sind kein Betriebsunfall, sondern ein parteiübergreifendes politisches Konzept der Inneren Sicherheit.
Wer protestiert, muss damit rechnen, auf den Kopf zu bekommen, denn dies liegt offensichtlich im Selbstverständnis der Polizei. Entsprechend fallen die Reaktionen der Politik in Stuttgart aus. Polizeipräsident Stumpf gab die üblichen Floskeln aller Polizeipräsidenten in dieser Lage von sich und behauptete eine Aggressivität der Demonstrant_innen, wie es sie seit Jahrzehnten nicht mehr in Stuttgart gegeben habe.
Auch die Gewerkschaft der Polizei rechtfertigt ihr Handeln. Der Einsatz sei legitim, aber hart gewesen, die Bilder zwar nicht schön. aber dazu sei die Polizei ja auch nicht da. Ist man dort in gewisser Weise wenigstens ehrlich, packt Innenminister Heribert Rech noch noch eins drauf. Die Eskalation ginge von den Protestierenden aus, der Skandal sei nicht, dass die Polizei Kinder und Jugendliche misshandelt, sondern, dass Eltern und Lehrer_innen diesen Beteiligung an grundgesetzlich verankerten Minimalstandards ermöglichen.
Demonstrationsrecht bedeutet heutzutage das Recht, gefilmt, durchsucht und kontrolliert zu werden, in Polizeikesseln oder abgelegenen Orten zu laufen, sich verprügeln zu lassen oder von Wasserwerfern verletzt zu werden. Aber alles bitte recht friedlich und dankbar, dass man überhaupt auf die Straße darf. Wir setzen nicht auf Wahlen oder Parteienpolitik. wenn wir diese Verhältnisse kritisieren und angreifen. Wir setzen stattdessen auf Öffentlichkeit, Solidarität und unterschiedliche Protestformen als legitimen Ausdruck von gesellschaftlichem Leben. Kontinuität und Vernetzung sind ebenso wichtig wie die Entwicklung einer Kritik über den eigenen Tellerand hinaus. Repression gegen Flüchtlinge und die Abschottung Europas verstehen wir als Teil derselben Verhältnisse, welche uns als Schlagstock an den Bauzäunen im Inneren begegnen.

Zeitgleich zu den Protesten in Stuttgart kam es zu heftigen Angriffen auf Teilnehmer_innen des antirassistischen No Border Camps in Brüssel. Zum nächsten Castortransport werden sich diese Ereignisse ebenso wiederholen wie im Rahmen der Innenministerkonferenz in Hamburg im November. Denn überall dort, wo politischer Widerstand ist, findet sich auch staatliche Gewalt und Repression. Wir nehmen dies nicht zum Anlass, den Kopf einzuziehen und uns verängstigt ins Private zurückzuziehen. Im Gegenteil!



Wir finden richtig und sinnvoll, den Protest an den Ort zu tragen, wo Jahr für Jahr Gesetze verschärft werden, die Gewalt der Polizei gerechtfertigt wird, mehr Überwachung beschlossen wird und die Bedrohung des Staates als apokalyptisches Szenario an die Wand gemalt wird. Dort, wo Heribert Rech über Jugendliche als Schutzschilder in Stuttgart dozieren wird, sich mit seinen Amtskollegen aller Parteien über eine neue Qualität der Gewalt gegen Polizeibeamte einig und auf der Suche nach einer Normalität ist, die sozialen Stillstand meint.
In Bewegung bleiben!

Wir laden alle ein, die Propagandashow der Innenminister zu stören und die bundesweiten Demonstrationen am 13.11. und 17.11 in Hamburg zu unterstützen. Solidarität gegen staatliche Gewalt ist ein wichtiger Bestandteil sozialer Bewegungen und Proteste. Die Angriffe auf Protestierende in Stuttgart treffen deshalb nicht nur jene, die sich dort organisieren und bewegen, sondern alle, denen Emanzipation, Kritik und andere Vorstellungen von Gesellschaft und Zusammenleben am Herzen liegen. Erteilen wir dem Versuch einer Illegalisierung und Überwachung im Alltag und der Kriminalisierung von Protest und Widerstand eine deutliche Absage.

Für die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamt_innen und die Abschaffung von Wasserwerfereinsätzen!

Gegen Polizeigewalt, Repression und die Verschärfung der Inneren Sicherheit!

Aktivist_innen aus Hamburg

Deutschland führt Krieg

Dieser Tag jährt sich das Massaker am Kundus.

Unsere Aufgabe als Antimilitarist-innen in der gesamten Welt ist es die reibungslosen Abläufe der Kriege so wirkungsvoll wie möglich zu stören. Deshalb haben wir in der Nacht vom 5. auf den 6.9. vor dem Kreiswehrersatzamt in der Sophienterrasse (vier Fahrzeuge) durch Feuer untauglich gemacht.
Es ist der 04. September 2009 im Kundus, als der Oberst Georg Klein von der Bundeswehr den Befehl erteilt, zwei zuvor von den Taliban entführte Tanklastwagen zu bombardieren - ausgeführt von zwei US-Kampfjets. Es kommen über 140 Menschen durch den Angriff zu Tode.
Der Befehl lässt sich auf die sogenannten Taschenkarte von Juni 2009 ("Rules of Engagement") zurückführen, nach deren Einsatzregeln solche Menschen als militärische Ziele betrachtet werden können, sofern "nicht ausgeschlossen werden kann", dass sie entweder einen Angriff "fortsetzen oder wieder aufnehmen"



Dieser Angriff, bei dem die Zivilbevölkerung besonders stark getroffen worden ist, kann als verheerendste und tödlichste "Operation" seit dem zweiten Weltkrieg mit Beteiligung deutscher Soldaten angesehen werden.
Und nach Lothar Rühl, dem ehemaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium sollte sich die Öffentlichkeit am Massaker wie dem im Kundus bereits gewöhnen! "Solche Ereignisse werden noch öfter eintreten."
Seit der Verschärfung der Aufstandsbekämpfung ("Counter Insurgency") und der geänderten sog. Taschenkarte steigt die Zahl der Toten ständig an. Durch die Ausweitung der Befugnisse wurde die Hürde für Einsätze herabgesetzt und der Umfang der Einsatzmittel erweitert.
Derweil ist die BRD darum bemüht, das Bild einer sauberen und bestens vorbereiteten Truppe zu zeichnen, um das Ansehen der Bundeswehr sowie die Akzeptanz der Auslandseinsätze zu fordern. So wurden Ende März 2010 Vertreter-innen von Medien dazu eingeladen, "die einsatzvorbereitende Ausbildung der schnellen Einsatztruppe am Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Heer in der Altmark zu bestaunen.

Fakt ist und bleibt! Deutschland führt Krieg. Krieg für die Sicherstellung des Zugriffs auf Rohstoffe, Krieg, um sich einen Platz in der weltweiten Vorherrschaft der führenden Industriestaaten zu sichern. Für diese Interessen werden Menschen unterdrückt, vergewaltigt und ermordet.



Wir sehen auch, dass die Grenze zwischen äußerer und innerer Aufrüstung verschwimmen. Die vom 17. - 19. November stattfindende Innenministerkonferenz trägt maßgeblich zur Aufrüstung der inneren "Sicherheit" bei. Und zunehmend wird die Bundeswehr auch innerhalb der BRD eingesetzt.

Gegen Aufrüstung nach Innen und Außen!

Kriegstreiber_innen, Kriegsbefürworter_innen und Kriegsdurchführer_innen das Handwerk legen!

Für eine herrschaftsfreie Welt ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg!

Rebels of Engagement

Dokumentation

Am 04. September 2009, 70 Jahre nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen und dem Beginn des zweiten Weltkriegs, starben am Ufer des Kundusflusses über 140 Menschen infolge eines Luftangriffes, den ein deutscher Oberst in Afghanistan anordnete. Es war das schlimmste Massaker, an dem deutsche Soldat_innen seit dem Bestehen der BRD beteiligt waren.
Anstatt dass dieser Massenmord eine Zäsur, ein Innehalten oder gar eine Abkehr von der deutschen Mitwirkung am Krieg in Afghanistan ausgelöst hätte, wurde der Einsatz der Bundeswehr weitergeführt und ausgedehnt. Warbusiness as usual.
Nur ein Minister und ein Generalinspekteur mussten gehen. Die Ermittlungen gegen Oberst Klein und seinen Fliegerleitoffizier Wilhelm stellte die Bundesanwaltschaft im Frühjahr ein, da "es sich um völkerrechtlich zulässige Kampfhandlungen, einen nichtinternationalen bewaffneten Konflikt handele". Massaker sind also erlaubt, dürfen also vorkommen, Bundeswehrsoldat_innen dürfen töten und zwar nicht nur zur Selbstverteidigung oder in Notwehr. Damit verbesserte sich die Rechtssituation der Mitbürger_innen in Uniform und die bereits gängige Praxis hinsichtlich der strafrechtlichen Behandlung von Soldat_innen bei Einsätzen im Ausland wurde untermauert. Über 100 Fälle an Tötungen von Zivilist_innen durch die Bundeswehr außerhalb der BRD führten zu keinerlei Anklagen.
Die Regierung spricht nun von Krieg und möchte, dass die hiesige Bevölkerung den Sodat_innen den Rücken stärkt, ihre Wunden leckt, am Grab Tränen vergießt, dankbar ist. Die Opfer von Kundus sind dem deutschen Staat genau 3800 Euro pro betroffener Familie wert.

Die Eskalation deutschen Engagements lässt sich am Verlauf der letzten Jahre ablesen: 2007 Entsendung von Tornados; 2008 Übernahme der Quick Reaction Force im Norden Afghanistans einhergehend mit der zunehmenden Anforderung von Luftunterstützung, in deren Folge ein deutlicher Anstieg ziviler Opfer zu verzeichnen war. Steigerung der Truppenstärke von anfangs 1200 im Jahre 2001 auf 4500 im Oktober 2008; 2009 Entsendung von AWACS Flugzeugen und offensive Änderung der Einsatzregeln ("rules of engagement"), der sogenannten "Taschenkarte". Nach dem Kundusmassaker wurde im Dezember 2009 das Bundestagsmandat verlängert. Im Februar 2010 gab es eine Neuverabschiedung und es wurde eine Erhöhung des Truppenkontingents auf 5350 Soldat_innen beschlossen. Im Frühjahr starben sieben Bundeswehrsoldaten und das Geschrei an der Heimatfront war groß. Die Armee brauche mehr Waffen, tödlichere Waffen.

Da waren selbstredend die Mitglieder des Verteidigungsausschusses gefragt. Sie stellen eine Schnittstelle dar zwischen Politik, Wirtschaft und Bundeswehr. Als Rüstungslobbyist_innen sitzen sie u.a. im "Förderkreis Deutsches Heer" oder in der "Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik" und pflegen die Kontakte zu den Waffenschmieden der Nation. Mit ihren Kolleg_innen aus dem Haushaltsausschuss bemühen sie sich, dass die Milliardenaufträge an Krauss-Maffei Wegmann, EADS und Thyssen Krupp weiter fließen und die Kassen klingeln. Hubschrauber, Panzerhaubitze 2000, Dingo, Marder, Wolf und Fuchs - all das und noch viel mehr sollen der Bundeswehr siegen helfen.

Als Fachmänner und Fachfrauen für den Krieg schwören die Mitglieder des Verteidigungsausschusses ihre jeweiligen Fraktionen darauf ein, das Mandat der Parlamentsarmee zu verlängern. Der Verteidigungsexperte der SPD, Dr. Hans Peter Bartels, seit 1998 im Ausschuss tätig und in Kiel als Lobbyist für maritime Rüstung bekannt, kündigte an, die Bundesregierung im März 2011 bei einer Mandatsverlängerung unterstützen zu wollen. Dies wäre notwendig, auch wenn die Beteiligung der KSK an den Killereinsätzen der Task Force 373 und eine Aufforderung von ISAF Kommandeur Petraeus an seine Kombattant_innen "jagt den Feind ohne Unterlass, rammt eure Zähne gemeinsam mit den afghanischen Partnern in ihr Fleisch und lasst nicht mehr los!" ihm Kopfschmerzen bereite.
Ab und an fliegen Verteidigungsausschüssler_innen selbst in die Kampfgebiete, um sich "ein Bild zu machen" und Schultern zu klopfen, wie im April 2010.

Der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages, "der Anwalt der Soldat_innen", fungiert ebenfalls als parlamentarischer Propagandist und Waffenbeschaffer für die Bundeswehr. Der aktuelle Amtsinhaber Hellmut Georg Richard "Kanonenrohr" Königshaus, gerne geschmückt mit der "gelben Schleife" (support our troops!), schließt sich nahtlos den Forderungen seiner Kolleg_innen aus dem Ausschuss nach besserer Bewaffnung an. Er war bis zu seiner Ernennung selbst Mitglied dieses Gremiums. Mit seiner Forderung nach dem Einsatz von Leopard 2 Panzern in den "deutschen" Kampfgebieten ("wer in das Kanonenrohr eines Leopard 2 schaut, überlegt



sich zweimal, ob er eine Patrouille angreift") erntete er Hohn aus militärischen Kreisen, da diese Waffe nicht für den deutschen Einsatz tauge. Ihm ging es nach eigener Auskunft hauptsächlich um eine "Enttabuisierung schwerer Waffen". Königshaus war Personaloffizier bei der Luftwaffe und ist Oberleutnant der Reserve. Für die FDP war er Chefaufklärer im Kundusuntersuchungsausschuss (und das das seine dazu beigetragen, das Massaker zu verschleiern).

In Anbetracht der Tatsache, dass jeder Krieg auch an der "Heimatfront" entscheiden wird, d.h. an der Zustimmung für oder dem Widerstand gegen den Krieg, reagieren die deutschen Kriegsverfechter_innen gereizt auf eine antimilitaristische Bewegung, die in letzter zeit zunehmend mit Rückenwind agiert und an Schlagkraft und Sympathie gewinnt.
Königshaus Vorgänger Robbe hat die Initiative "Solidarität mit Soldaten" gestartet, die ich das Wohl von Soldat_innen, die im Ausland gewesen sind, zum Ziel gesetzt. Er plant die Veranstaltung von "Veteranentagen" sowie den kostenlosen Besuch der "Veteranenfamilien" in Fußballstadien. Das fröhliche Motto "feste feiern, wie sie fallen!" (gemünzt auf die gruseligen "Totenfeiern" für tote Bundeswehrsoldaten) provozierte Königshaus zu der Aussage, dass es sich bei den Kriegsgegner_innen um "Wirrköpfe und angebliche Antimilitaristen" handele. ER sprach von einer gezielten Strategie der Verunsicherung den Bundeswehrsoldat_innen gegenüber, die sich nicht mehr trauen würden, ihre Namen in den Medien kundzutun, da sie Einbrüche in ihre Häuser, Schmähungen und Angriffe befürchten.

Heute haben Antimilitarist_innen bei Hellmut Georg Richard Königshaus (Holtheimer Weg 9a, Berlin) und bei seinen Kameraden aus dem Verteidigungsausschuss Hans Peter Bartels (Kiel) und Burkhardt Müller-Sönksen (Bernwardkoppel 37, Hamburg) an die Tür geklopft. Nachahmungen gegen alle Krieger_innen, Lobbyist_innen etc. dringend erwünscht.

AG "Arschkarte für die Taschenkarte"

Weniger wäre mehr gewesen -

radikale Linke und der ewige Hauptwirrwarr

In der vorletzten Ausgabe der Zeck hat, in einer Replik auf einen Text der "Gruppe 170", ein "Viertellinker" dargelegt, warum Linksradikale gut daran tun, gegen Antisemitismus so wenig wie möglich aktiv zu werden. Die Argumentation geht, kurz gefasst, so: Das eigentliche Opfer antiimperialistischer Antisemitismusvorfälle ist die autonome Szene - was man den Antideutschen keineswegs durchgehen lassen darf. Das ist, zugegeben, nicht ganz einfach zu verstehen. Weil aber anzunehmen ist, dass das ziemlich genau dem entspricht, was in den meisten Szeneköpfen so vor sich hin spukt, lohnt es sich, einige besonders prägnante Abschnitte der Beweisführung ein bisschen ausführlicher zu würdigen.

Der jetzt wieder eskalierte Konflikt zwischen Anti-Imps und Antideutschen ist für die meisten Hamburger Linken und darüber hinaus [nichts] neues. Die kollektive Erinnerung geht nicht nur zurück zum Konflikt im FSK 2002, der teilweise von den gleichen Personen und Organisationen ausgetragen wurde. Die Formulierung nicht nur lässt üblicherweise den Anschluss "sondern auch" erwarten. Leider verschweigt der Text, wie weit die kollektive Erinnerung der Hamburger Linken noch zurückgeht. Der nächste Satz aber verrät es: bis zu Kain und Abel.

Beide Organisationslinien zeichnen sich als besonders feindliche Brüder dadurch aus, dass Sie [sic] jeweils einen Hauptwiderspruch, entweder die zu negierende Nation oder die Solidarität für das kämpfende Volk zum primären bzw. alleinigen Maßstab ihres Handelns machen. Organisationslinien machen einen Hauptwiderspruch zum primären Maßstab ihres Handelns: Da möchte man in der Tat nicht bei sein. Ob nun allerdings die Nation negiert oder doch vielmehr als kämpfendes Volk affirmiert werden sollte - das möchte der Viertellinke gar nicht entscheiden müssen. Und eben deshalb nimmt er es Leuten übel, wenn sie dogmatisch darauf beharren, dass von zwei sich widersprechenden Positionen höchstens eine richtig sein kann.

Wo also tatsächlich ein Widerspruch vorliegt, sieht der Viertellinke eher eine Geschmacksfrage; während dort, wo er das Etikett draufpappt, es partout keinen Sinn ergibt. Was das sein soll, die zu negierende Nation als Hauptwiderspruch (der Widerspruch zwischen Deutschen und Juden? wie er in Auschwitz ausgetragen wurde?), das weiß auch der Viertellinke nicht. Er weiß nur, dass Linke das sofort verstehen: wo einer handelt, da muss ein Widerspruch sein. Denn Widersprüche, an die kann man anknüpfen, man kann sie sogar verschärfen oder auch, warum nicht, ausbauen und vertiefen. Nur zum Hauptwiderspruch machen, das darf man sie nicht, denn das wäre ja wie in den K-Gruppen.

Dass antideutsche Kritik immer auch Kritik am linken Widersprücheklopfen gewesen ist; dass sie stets darauf beharrt hat, die Nation sei, zumal in ihrer deutschen Gestalt, jene Form, in welcher der prozessierende Widerspruch namens Kapital seine Krisenhaftigkeit zu externalisieren und exorzieren vermag; dass deswegen alles Abholen und Anknüpfen nur noch tiefer in eine nationale Vergesellschaftung hineinführen muss, für deren Telos das Schreckbild reiner, mörderischer Identität, die Volksgemeinschaft, steht; dass daher das linksselige Gottvertrauen in immer neue Kämpfe, Brüche und den Histomat-Dreischritt von These - Antithese - Synthese ein Verbrechen darstellt und ein Kommunismus, der vor der historischen Erfahrung bestehen will, nicht anders mehr denkbar ist denn als Organisation des tiefsten, schwärzesten Pessimismus - das war wohl, wie so vieles, in den Wind gesprochen.

Bei einem zweiten Blick fällt auf, dass beide Strömungen die politischen Kategorien Nation und Volk in einer Form gebrauchen, die der bürgerlichen Ideologie und Selbstidentifikation des 19. Jahrhunderts entstammt. Beide schreiben Volk und Nation primäre Handlungsmacht zu.

Ein feines Air von Theorie kann auch dem gesunden Szeneverstand nur guttun. Deshalb müssen an dieser Stelle so exquisite Begriffsschöpfungen wie primäre Handlungsmacht her. Wo doch jeder weiß, dass Volk und Nation nur sekundär handlungsmächtig sind. (Ganz besonders Gewiefte sprechen sogar von bloß tertiärer Handlungsmacht, aber das ist umstritten).

Was das heißen soll, ist wohl ungefähr: Die Antideutschen hängen der abseitigen Vorstellung an, das Phantasma von der Nation als dem einen einigen Kollektivsubjekt könne auch wirkungsmächtig werden. Das, weiß die hippe, junge autonome Linke, ist natürlich von vorgestern. Denn wer würde nach 1900 noch auf die Idee kommen, ein Volk könnte aufstehen und ein Sturm losbrechen? Eben. Sind doch alles ganz, ganz viele Individuen. Und Freud kann sich seine Massenpsychologie sonstwohin stecken.

Ideologiekritisch hieße das, der Schein bestimmt das Bewusstsein. Denn ideologisch strukturiert ist nicht etwa - als realer Schein - die verkehrte Gesellschaft selber; ideologisch ist einzig das Bewusstsein, das sich partout nicht ordentlich vom Sein bestimmen lassen will.

Ulkig ist nur, dass der Viertellinke mit seinem Supatopcheckerbunnybegriff von Ideologiekritik schnurstracks bei genau der Denke landet, die ihm eben noch als Inbegriff des Zurückgebliebenen galt, dem ML. Wer als Wesen der Gesellschaft nicht das herrschende Unwesen begreift, sondern ein positiv bestimmbares Sein, steckt schon knietief im Sinnstiftungsgeschäft; der weiß, dank seines unbestechlichen Röntgenblicks, worauf die Geschichte 'in echt' hinauswill. Und wird sich in diesem Wissen von Oberflächenphänomenen wie Frauenunterdrükkung oder Judenvernichtung keinesfalls irritieren lassen.

Die neue Linke von 1968 und danach bewegt sich von Anfang an in einer inneren Auseinandersetzung, die den herkömmlichen bzw. orthodoxen Arbeitermarxismus sprengte.

Bei Robert Kurz hieß das Ding noch "Arbeiterbewegungsmarxismus"; hier kann es verkürzt werden. Denn Arbeitermarxismus, das klingt wirklich herrlich altbakken und ganz und gar herkömmlich bzw. orthodox, nach dem genauen Gegenteil also von aufgeweckt, pfiffig, teamfähig und schlüsselqualifiziert, d.h. szenetauglich. Und riechen tut es auch ganz komisch.

Nach dem 11. September 2001 verabschiedete sich ein großer Teil der Antideutschen auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis aus der Linken, in dem [sic] sie offen antiislamistische, proamerikanische und bellizistische Positionen bezogen.

Dass, wer gegen die Islamisten steht, kein Linker sein kann, ist gut zu wissen (und zu befürchten steht, dass da, wenn auch aus Versehen, wirklich mal ein wahres Wort gelassen ausgesprochen wurde). Bleibt nur zu hoffen, dass die Linke dem Karl Marx seine proamerikanischen und bellizistischen Unterstützungsadressen für Lincolns Nordstaaten verzeihen kann. Andererseits: Marx - war das nicht auch so ein antideutscher Arbeitermarxist aus dem 19. Jahrhundert? Es ist selbstverständlich, dass Gewalt unter Linken, wie zuletzt aus dem B5-Spektrum, nicht zu dulden ist, weil wir sonst als gemeinsamer Träger einer befreiten Gesellschaft diese noch nicht einmal mehr denken müssen. Dass Träger nicht denken müssen, versteht sich in der Tat von selbst. Ansonsten ist es aber bemerkenswert, wie der

Appell, die Gewalt der B5 nicht weiter zu dulden, unversehens übergleitet in die Adelung der Gewalttäter zu Trägern einer befreiten Gesellschaft; wie also das Bekenntnis zur revolutionären Schicksalsgemeinschaft noch jede Kritik in Bauchpinselei verwandelt. Und warum nur muss man bei Trägern einer befreiten Gesellschaft sofort an Stahlträger denken?

Es ist genauso selbstverständlich, dass Antisemitismus, wie andere Formen unterdrükkender Zuschreibungen, in der Linken bekämpft werden müssen. Will heißen, logo, klar, gebongt, können wir jetzt auch mal von was Interessanterem reden? - Es handelt sich hier, nur zur Erinnerung, um den einzigen Satz des ganzen Textes, der zumindest andeutungsweise auf den Ausgangspunkt der Debatte, die militante Verhinderung von "Warum Israel" durch die B5, eingeht. Und selbst der kommt nicht ohne Verniedlichungen aus: als wäre es das Problem, dass die Blockierer zugeschrieben haben und nicht etwa zugeschlagen; als wären überhaupt am Antisemitismus das schlimmste nicht die Hetzmobs, Selbstmordattentäter und Kassam-Raketen, sondern die Diskurseffekte.

Durch die Propagierung des antisemitischen Skandals bis in die Spitze der Bundes-CDU und über den Atlantik in die nordamerikanische Politik und durch die Begleitung der lokalen Springerpresse war klar, dass die Demo und die Kinomacherinnen, wie dann auch geschehen, eine massive Bullenbegleitung zur Durchsetzung ihres Anliegens gestellt bekommen.

Jetzt kommen wir endlich zu dem, was die Szene viel spannender findet als diese öde Antisemitismusleier: die langen Arme der antideutschen Bewegung. Wieviel Macht sie doch hat! Und wie ungeniert sie sich von den Herrschenden hofieren lässt! Denn nach Obamas Rede zur B5 vor der UNO-Vollversammlung war natürlich klar, dass FBI-Truppen am 13.12. die Brigittenstraße stürmen würden.

Wir halten also als Lehre fest: 1. Wenn das Ausland sich um antisemitische Skandale in Deutschland kümmert, ist das schlecht und nicht gut. 2. Damit bei einer Demo Bullen vor Ort sind, braucht es schon die vereinten Kräfte von Bundes-CDU, Springerpresse und dem Weißen Haus. 3. Wenn diese Bullen den BesucherInnen eines Lanzmann-Films (darunter Mitgliedern der Hamburger und Pinneberger Jüdischen Gemeinden) Zugang zum Kino verschaffen, handelt es sich eindeutig um eine konterrevolutionäre Machenschaft, zu der Linke nur "Pfui" sagen können. 4. Ein Glück daher, dass die Cops am 13.12. nur die Faustschläge unterbunden haben, ansonsten aber die Antiimps in Ruhe die Gäste bepöbeln und fotografieren ließen. Man käme sich ja sonst vor wie in einem Polizeistaat. 5. Dass dieses miese Schweinesystem keinen Finger krumm macht, um der NPD endlich mal das Handwerk zu legen! (So weit her, wie es sich die Szene ausmalt, ist es mit der antideutschen Weltverschwörung übrigens leider noch nicht. Dass sich in Amerika irgendwer für Provinzstalinisten interessieren würde, hat der Viertellinke sich bequemerweise einfach ausgedacht - bzw. von Gerhard Hanloser aus dem "Neuen Deutschland" abgeschrieben. Der fabulierte von einschlägigen Artikeln im "Wall Street Journal", weil das so schön nach Finanzkapital klingt; beim Viertellinken geht die Fantasie in eine ähnliche Richtung. Denn wo landet man, wenn man über den Atlantik gen Amerika zieht? Genau, an der Ostküste! Und wer die beherrscht, weiß ja wohl jedes Kind.)

Vorausgesetzt mensch kann oder will keine eigene Gegengewalt anwenden, verbietet sich eine Intervention zum Zeigen des Films im B-Movie, die nur oder gerade mit staatlicher Gewalt möglich ist. [...] Deshalb wäre nur geblieben, den Film woanders zu zeigen und die eigenen Positionen und Kritik ansonsten öffentlich zu vertreten.

Denn nur Selberhauen zählt! Und in zionistenfreien Kiezgebieten gilt: Wer zahlenmäßig unterlegen ist, hat selber schuld. Wenn die Hamburger Linke nun einmal mehrheitlich keinen Bock darauf hat, antisemitische Schläger militant zu bekämpfen, dann hat die Minderheit eben Pech gehabt. Wer aber deswegen auf die aberwitzige Idee kommen sollte, sein Hausrecht ersatzweise mit der Staatsgewalt durchzusetzen, hätte sich die Folgen selber zuzuschreiben: Denn dann wird in Zukunft die Hamburger Linke mehrheitlich auch keinen Bock mehr darauf haben, antisemitische Schläger militant zu bekämpfen.

Lustig allerdings wiederum, wo der Viertellinke mit seiner Argumentation diesmal landet: Denn dass "Warum Israel" nie und nimmer noch einmal im b-movie hätte gezeigt werden dürfen, dass sieht außer der B5, der Linkspartei und der Szenemehrheit auch Justus Wertmüller ("Bahamas" Nr. 59) ganz genauso. Dies vorausgesetzt sind wir vielleicht jetzt gleichwohl an einem Punkt angelangt, an dem der fortgesetzte Versuch der Zusammenarbeit oder auch nur des Nebeneinanderherwurstelns mit solchen Teilbewegungen mehr Kraft kostet und unter uns kaputt macht, als wir kurz- und mittelfristig gewinnen können.

Auch der Gemütshaushalt muss, wie in jeder guten Buchführung, irgendwann eine Gewinn- und Verlustrechnung vorführen. Und die zeigt klar und deutlich: Das Elend mit den ganzen Antisemitismusdebatten ist nicht der Antisemitismus, sondern die Tatsache, dass dadurch die Szenewellness flöten zu gehen droht. Wer kann denn noch bei so massiven Konflikten in Bündnissen und auf Plenas einfach mal die Seele baumeln lassen? Kein Wunder, dass die Sprache vor lauter unterdrückter Panik vielleicht jetzt gleichwohl ins Schlingern gerät.

Wenn Mensch [sic] zu dem Schluss kommen muss, teilweise auf letzte Formen der Zusammenarbeit zu verzichten, bleibt immer noch die Frage offen, wie von uns überhaupt auf die nicht emanzipativen Spektren reagiert werden soll.

Die Larmoyanz schlägt nun in Endzeitstimmung um: Wo es um die letzten Fragen des Menschen geht, da müssen selbst die letzten Formen der Zusammenarbeit aufgekündigt werden. Weil aber der Viertellinke sich alle Optionen dann doch nicht verbauen will, fügt er seinem apokalyptischen Szenario noch ein possierliches teilweise ein. So stellt er sich, als Last Man teilweise Standing, tapfer den ein Stück weit Letzten Tagen der Menschheit. Es bleibt nur, wenn mensch es als einzelner oder im Kollektiv aushält, die Gegensätze inhaltlich deutlich zu machen und den Hauptwidersprüchlern in Diskussionen ihre verfehlte Eindimensionalität vorzuhalten.

Der Traum jeder Mathematikerin: einer Geraden ihre verfehlte Eindimensionalität vorzuhalten. Nur, wie verfehlt man Eindimensionalität? Mit einer 3-D-Brille? Und wie hält man eindimensionalen Hauptwidersprüchlern zweidimensionale Gegensätze vor? Ist das nicht widersprüchlich? Vielleicht sogar - hauptwidersprüchlich? Ach, kein Wunder, dass mensch es weder als einzelner noch im Kollektiv aushält. Und im Kopf erst recht nicht.

Auf dann ggf. immer noch eingesetzte innerlinke Gewalt kann nur mit einem noch deutlicheren Ausschluss reagiert werden.

Wenn auch das noch mehr Gewalt nach sich ziehen sollte, dann bleibt als Antwort auf einen konkreten Angriff ggf. nur die Gegenwehr in Selbstverteidigung.

Es ist alles gesagt, die Argumentation dreht sich im Kreise und der Viertellinke rudert dazu hilflos mit den Armen. Dem Kommentator geht es nicht anders. So verabschiedet er sich mit der Feststellung, dass im doppelten gegebenenfalls die ganze Schäbigkeit einer Szene enthalten ist, die sich für nichts interessiert als ihren eigenen Bauchnabel - und auch das noch nicht einmal wirklich.

Der Dreiachtellinke

Stellungnahme der AnbieterInnengemeinschaft im Freien Sender Kombinat

Am 25.10.2009 verhinderten linke Antisemit_innen die von der Gruppe Kritikmaximierung geplante Vorführung des Claude Lanzmann Films 'Warum Israel' im Hamburger Programmkino B-Movie.

Um selbiges zu skandalisieren und zu gewährleisten, dass 'Warum Israel' in einem zweiten Anlauf im B-Movie gezeigt werden konnte, organisierte das "Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten" am 13.12.2009 eine Demonstration.

Im Umfeld dieser Demonstration haben einige beobachtet, dass sich ein Mitglied der FSK-Sendung Radioaktiv (im Folgenden X genannt) als Porträtfotograf betätigt und mehrere Teilnehmer_innen der Demonstration abgelichtet hatte. Da dies für Gesprächsbedarf sorgte, wurde X mehrfach aufgefordert, sich zu seiner Fotografentätigkeit zu erklären und ist in drei Monaten dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Daraufhin beschloss die Anbieterinnengemeinschaft im April X von der Nutzung des Radios auszuschließen. Dieser Beschluss gilt mindestens solange bis X zu seiner Fotografentätigkeit am 13.12.2009 Stellung bezieht.

Anstatt auf die Gesprächseinladungen einzugehen und sich innerhalb des Projektes an einer Auseinandersetzung zu beteiligen, wählte X daraufhin den Weg einer sehr allgemein gehaltenen Stellungnahme und die Sendung Radioaktiv den der eigenen Auflösung. Dies macht deutlich, dass X und Radioaktiv von vornherein an keiner wirklichen Klärung interessiert waren.

Wie beschrieben hat es zahlreiche Gesprächsangebote zur Klärung des Konflikts gegeben. Es ging keinesfalls darum die Dokumentation von Demonstrationen mittels Fotos per se zu problematisieren. Es ging uns darum das Anfertigen von Porträtfotos zu kritisieren, die für gewöhnlich dazu dienen einzelne Demonstrationsteilnehmer_innen zu identifizieren. Eine Zusammenarbeit mit Gruppen und Einzelpersonen, die derartige Praktiken gegen andere Linke betreiben, schließt sich für uns aus.

Der Beitrag in der Zeck Nr. 157 und die Erklärungen von X und Radioaktiv zeigen deutlich, das man nur loswerden wollte, was man immer schon über das Freie Sender Kombinat dachte. Wir stellen fest, dass die dem FSK unterstellten Praxen frei erfunden sind. So sehr diese Behauptungen von Ressentiments gegen das Freie Sender Kombinat getragen sind, so wenig haben sie mit der Realität zu tun. Die wenigen Sende- und Hausverbote, die das FSK in den letzten Jahren ausgesprochen hat, richteten sich immer gegen absolut inakzeptable Programminhalte, Positionen und Praktiken. Bei jeder Auseinandersetzung wurde zuvor versucht den Konflikt in einer Diskussion zu lösen (für weitere Informationen siehe http://www.fsk-hh.org/texte).

Anbieterinnengemeinschaft im Freien Sender Kombinat, September 2010



Presseerklärung flüchtlingsrat hamburg

Hungerstreik im Lager Nostorf/Horst

Vor fünf Tagen ist Herr S. aus Afghanistan, der in der Landesgemeinschaftsunterkunft (LGU) für Flüchtlinge in Nostorf/Horst, einem Lager, das von Mecklenburg-Vorpommern (MVP) und Hamburg auch als Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) für die ersten 3 Monate genutzt wird, in den Hungerstreik getreten. Als Begründung für den Hungerstreik gab er uns gegenüber an, dass er nach drei Monaten in Nostorf/Horst nicht in eine andere Unterkunft in Mecklenburg-Vorpommern verteilt worden sei und in Nostorf/Horst bleiben müsse.

In der LGU werden zumeist Menschen untergebracht, deren Asylantrag abgelehnt wurde und bei denen die Behörde die Abschiebung plant. Diese Menschen müssen dann oftmals in Nostorf/Horst ein Jahr und länger von der Bevölkerung isoliert und ohne rechtliche Beratung und Unterstützung leben. Die Betroffenen erhalten nur ein Taschengeld von monatlich 40 Euro. Eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und eine Kontaktaufnahme nach außen ist schon deshalb nicht möglich, weil nicht einmal das Geld für den Bus nach Boizenburg übrig bleibt.
Herr S. will das nicht hinnehmen und teilte uns mit, dass er solange im Hungerstreik bleiben werde, bis er eine andere Unterkunft erhalte, in der er nicht isoliert und ohne Kontakte zur Bevölkerung unter menschenunwürdigen Bedingungen und ohne Perspektive leben müsse.
Herr S. war bereits im Krankenhaus, wurde dann aber wieder nach Horst gebracht. Dort hat er den Hungerstreik fortgesetzt. Einem gerufenen Arzt hat er mitgeteilt, dass er weder essen noch Infusionen erhalten wolle. Heute Mittag wurde Herr S. zwangsweise mit Unterstützung der Polizei ins Krankenhaus gebracht, wogegen er heftig protestiert hat. Wie wir erfahren haben, wurde Herr S. in die psychiatrische Abteilung eines Krankenhauses verlegt, das wir noch nicht kennen. Bei einer Zwangsernährung besteht, so ist zu befürchten, die akute Gefahr, dass Herr S. Suizid begeht, da er zu allem entschlossen scheint.

Wir haben den Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern informiert. Eine Mitarbeiterin des Flüchtlingsrats MVP hat dann bei den Maltesern in Nostorf/Horst, die die Unterkunft betreiben und beim dortigen Medizinischen Dienst angerufen. Beide Stellen behaupteten, nichts von einem Hungerstreik zu wissen, auch heute Mittag noch nicht, nachdem Herr S. von der Polizei und einem Krankenwagen abgeholt wurde. Auch gegenüber dem Vorsitzenden der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Dr. Andreas Crusius, der zwischenzeitlich informiert wurde, gaben sich die Zuständigen in Nostorf/Horst zuerst unwissend, mussten aber dann zugestehen, dass sich Herr S. im Hungerstreik befindet. Hierzu: Der AWO Kreisverband Ludwigslust, der Träger der medizinischen Beratung in Nostorf/Horst ist, wurde ca. 11:30 Uhr von einem Mitarbeiter des Flüchtlingsrats Hamburg über den Vorfall informiert.

Es sieht so aus, als ob der Hungerstreik totgeschwiegen werden soll.

Zur Situation in der Flüchtlingsunterkunft Horst: Die Situation ist katastrophal. Mittlerweile sind die Menschen dort zu allem entschlossen. Sie haben für heute ab 7:00 Uhr Proteste angekündigt.

Die Flüchtlinge protestieren gegen

- Völlige Isolation: Flüchtlinge, die Mecklenburg-Vorpommern zugeteilt sind, müssen oftmals ein Jahr und länger in Nostorf/Horst bleiben. Sie haben kaum Kontakt nach außen, da die Unterkunft auf dem Lande, 8 km von Boizenburg entfernt, liegt
- Völlig unzureichende rechtliche Beratung: Die dort untergebrachten Menschen fühlen sich mit dem Asylverfahren völlig allein gelassen. Die Beratungsstelle des Flüchtlingsrats Mecklenburg-Vorpommern ist nur einmal pro Woche, jeweils dienstags, von 9 - 15 Uhr geöffnet. Die dort arbeitende Mitarbeiterin muss 300 - 400 Menschen betreuen, was unmöglich ist. Nicht einmal die Fahrten zu RechtanwältInnen und Beratungsstellen, geschweige denn die rechtliche Beratung durch RechtsanwältInnen, können die dort zwangsweise untergebrachten Menschen bezahlen. Sie erhalten maximal 40 Euro pro Monat. Die Chance auf ein faires Asylverfahren wird ihnen konsequent und bewusst vorenthalten
- Völlig unzureichende medizinische Versorgung: Die Menschen erhalten zum größten Teil nur Schmerzmittel (Paracetamol), die Überweisung zu Fachärzten wird oftmals verweigert und erfolgt dann auch nur bei mehrfachem Nachfragen
- Das Essen, so die Menschen dort, sei eine Katastrophe. Zudem sie die Mensa viel zu klein. Die Leute müssen lange draußen warten, um eingelassen zu werden, da in Etappen gegessen wird

Viele der Betroffenen sind deshalb sehr aufgebracht. Hierin liegt wohl auch die Ursache für den Streit, der am 30.08.2010 in der Kantine ausgebrochen und eskaliert ist und zu mehreren Verletzten, drei davon schwer, geführt hat.

Als sofortige Maßnahmen fordern wir zusammen mit den in Nostorf/Horst lebenden Menschen:

- Sofortige Schließung der Landesgemeinschaftsunterkunft Nostorf/Horst!
- Alle auf Mecklenburg-Vorpommern verteilten Menschen müssen spätestens nach dreimonatiger Aufenthaltsdauer in der ZEA Nostorf/Horst Wohnungen erhalten, in denen sie nicht isoliert und ohne Kontakte zur Bevölkerung unter menschen-unwürdigen Bedingungen und ohne Perspektive leben müssen!
- Sofortiger Stop der Unterbringung von Hamburg zugeteilten Flüchtlingen in Nostorf/Horst!

Darüber hinaus fordern wir für alle Menschen:
- Wohnungen statt Lager!
- Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Wohnortes!
- Bleiberecht und gleiche Rechte für alle!

Für den Flüchtlingsrat Hamburg
Dr. Franz Forsmann

Hintergrund:
In Nostorf / Horst bei Boizenburg liegt die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in MV und (momentan auch) für Hamburg. Nach dreimonatigem Aufenthalt in der Erstaufnahmestelle muss die Verteilung der Flüchtlinge im Bundesland erfolgen. Im Jahr 2005 wurde zudem eine sogenannte Landesgemeinschaftsunterkunft eingerichtet, in der u.a. Asylsuchende untergebracht werden, deren Antrag als unbegründet abgelehnt wurde und die nach Ansicht des Bundesamtes für Migration und Flucht keine Aussicht auf einen positive Entscheidung ihres Asylantrages haben.
Die Flüchtlinge leben zum Teil bis zu 18 Monaten hier. Insofern hat das abseits im Wald gelegene Lager gleichzeitig den Charakter eines Abschiebezentrums - in MV und Hamburg ankommende Flüchtlinge werden schon bei Ihrer Ankunft mit der rigiden Asylpolitik Deutschlands konfrontiert.

Rückblick auf das NoBorder Camp

Vom 25. September bis zum 03.Oktober fand in Brüssel das NoBorder Camp statt. Die "Hauptstadt" Europa wurde als Veranstaltungsort ausgewählt um die Rolle der EU bei der Abschiebungs von Flüchtlingen und der Militarisierung der Grenzen anzuprangern. In diesem Artikel wird versucht die Ereignisse rund um das NoBorder Camp zusammen zu fassen.

Neben den zahlreichen EU-Institutionen gibt es auch zahlreiche rechtskonservative und wirtschaftsnahe Lobbies in Brüssel die ständig Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausüben. Derzeit hat Belgien auch die Ratspräsidentschaft der EU inne. In Brüssel gibt es aber auch zwei Abschiebeknäste und ein weiterer befindet sich im Bau. Außerdem leben viele MigrantInnen und Sans-Papiers in Brüssel weil die zuständigen Asylbehörden dort angesiedelt sind. Auch vom Brüssler Flughafen finden regelmäßig Abschiebungen statt. Firmen die in den Bau von Abschiebegefängnissen oder in die Transporte von Flüchtlinge involviert sind haben ihren Hauptsitz in Brüssel.
Der Abschiebeknast am Flughafen Steenokkerzeel war auch Ziel der ersten Demo. Zum zwölften Jahrestag der Ermordung von Semira Adamu, versammelten sich am 28.08 hunderte NoBorder-AktivistInnen am Knast ein um ihre Solidarität mit den dort eingesperrten Sans-Papiers zu zeigen. Schon bei dieser ersten angekündigten Aktion in öffentlichem Raum wurde die repressive Strategie der Polizei deutlich. Bereits im nahegelegenen Bahnhof wurden AktivistInnen erkennungsdienstlich behandelt und während der Demonstration 16 Verhaftet. Außerdem verschleppte die Polizei einen Gefangenen und schlug ihn hinter einem Betonpfeiler brutal zusammen.
Über die ganze Woche fanden auf dem NoBorder Camp und in alternativen Veranstaltungsorten dutzende Workshops, Plena, Konzerte und Filmvorführungen statt.
Am Dienstag, einen Tag vor der großen Gewerkschaftsdemonstration, waren mehr als 600 Menschen in und um den alten Güterbahnhof "Tour & Taxi" versammelt.

Neben den im Programm angekündigten events fanden auch mehrere spontane Direkte Aktionen über die ganze Woche verteilt statt.
Noch vor der Gewerkschaftsdemonstration am Mittwoch protestierten mehrere Dutzend AktivistInnen gegen eine Versammlung der "Security Defense Agenda" im Leopoldspark. Während der Blockade des Meetings wurden rund 40 Personen verhaftet. Trotzdem gelang es den AktivistInnen ihren Protest mit einem Grafitto zu visualisieren.
Diese Aktion diente der Polizei von da an als Vorwand präventiv zahlreiche NoBorder AktivistInnen auf dem Weg zur Demonstration zu verhaften. Trotzdem formierte sich gegen Ende der Gewerkschaftsdemo der "Precariouse United" Block unter starker Beobachtung von Zivilbullen.
Auf Höhe der "Porte la Halle" wurde der Block dann zuerst von ca. 60 Uniformierten Bullen angegriffen. Danach kam Verstärkung und Zivibullen kloppten auf die Demo.

Aufgrund der massiven Repression am Mittwoch kam es im Rahmen des am Donnerstag geplanten Lobby Aktionstag nur zu wenigen Direkten Aktionen gegen die in Brüssel ansäsigen Lobbies.

Am Freitag gab es einen anarchistischen Aufruf zu einer Demonstration um 19 Uhr am Gare du Midi. Die Polizeibehörden verhängten ein Versammlungsverbot für den Bahnhof sowie die umliegenden Plätze und Straßen. Wiederum wurden hunderte AktivistInnen verhaftet und zumindest teilweise auch von Polizeibeamten erniedrigt und misshandelt. Trotz der zahlreichen Verhaftungen beschädigte um 22 Uhr ein Mob aus 30 dunkel gekleideten Menschen die Polizeistation am "Place de Jeun Belle".
Außerdem wurde die Landesvertretung Baden-Württemberg Ziel eines Farbanschlags. Dieser Anschlag war eine Reaktion auf das gewalttätige Vorgehen der Polizei am Donnerstag im Stuttgarter Schlosspark.
Am Samstag gab es dann die Abschlussdemo die auch offiziell vom NoBorder Camp aus organisiert worden war. Rund 1400 Menschen beteiligten sich bei angenehmen Wetter lautstark an der Demo. Die Route führte an einem Asylbewerberwohnheim vorbei in die Innenstadt. Auf der "Bourse" wurde die antikapitalistische Dimension der



Demo betont und kurz danach ein riesen "NoBorder Banner" über der Ansbachlaan aufgehängt. Gegen 16.30 Uhr kam die Demo wieder an ihren Ausgangspunkt wo, sie wie immer während des Camps, von den Vokūs versorgt wurde.
Am Abend fand zwar in dem Güterbahnhof der auch als Campgelände fungierte ein brasiliansiches Pop-Konzert statt aber die meisten CampbesucherInnen zog es in Richtung des besetzten Klosters Gesü zum Abschlusskonzi.

Am sonnigen Sonntag traten wir mit vielen anderen die weite Heimreise an.

A la prochaine!
Die Autonome Comic-Helden ...

PS:
Vier GenossInnen sind noch immer im Gefängniss. Ihnen wird vorgeworfen in den Angriff auf die Polizeistation am "Place de Jeun Belle" involviert zu sein. Für Sonntag den 10. Oktober wird auf 15 Uhr zu einer Solidaritätskundgebung am St. Gilles Gefängniss aufgerufen. Das Legal Team ruft alle Opfer von Polizeigewalt auf sich bei Ihnen zu melden.

Atomgroßdemo 05.11.10 Lüneburg Hart Backbord!

Am 05. November soll der nächste Castor-Transport mit hochradioaktivem Müll nach Gorleben starten.
In den letzten Monaten demonstrierten Tausende Menschen gegen die Atomenergie. Die Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel oder die beiden großen Demonstrationen in Berlin waren eindrucksvoller Ausdruck der vielfältigen Anti-Atom-Bewegung.
Nicht nur die aktuelle Debatte um die weitere Nutzung der Atomenergie wird viele Menschen dazu bewegen, im November ins Wendland zu kommen und ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen. Gemeinsam werden wieder viele Tausend Menschen auf der Straße und Schiene, sich mit vielfältigen und phantasievollen Aktionen quer stellen.

In Lüneburg unterstützt das Aktionsbündnis Castor-Widerstand (ABC) die Mobilisierung zum diesjährigen Castortransport und ruft zu den unterschiedlichen Aktionen auf.
Das Aktionsbündnis Castor-Widerstand (ABC) ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Menschen, Gruppen und Initiativen aus der Anti-Atom-Bewegung, Antifa-Zusammenhängen und antikapitalistischen Gruppen aus Lüneburg. Das Aktionsbündnis ist parteipolitisch unabhängig und richtet sich nicht nur gegen eine Restlaufzeitverlängung, sondern steht für die traditionelle Forderung der Anti-Atom-Bewegung, nach der sofortigen und weltweiten Stilllegung aller Atomanlagen. Auch belässt es das ABC nicht bei Appelle an Parlamentarier_innen und Regierung, sondern orientiert auf konkrete Aktionen auf der Straße und Schiene.

Vom 05. November 2010 an soll der nächste Castortransport nach Gorleben rollen. Jeder Atommülltransport stellt eine akute Bedrohung für das Leben der Menschen dar, die an der Transportstrecke leben. Atommülltransporte dienen nur dazu, den Weiterbetrieb der Atomanlagen zu sichern. Jeder weitere Transport zementiert den Endlagerstandort Gorleben.
Die Bundesregierung will mit aller Macht den Schwarzbau Gorleben weiter zum Endlager ausbauen. Nach der Verlängerung der AKW-Laufzeiten soll nun ermittelt werden, dass es ein sicheres Entsorgungskonzept gebe. Das ist aber nicht der Fall. Gorleben als Standort war und ist eine rein politische Entscheidung und keine wissenschaftliche, wie suggeriert wird. So soll jetzt mit Verlängerung des Rahmenbetriebsplans weiter nach altem Bergrecht "erkundet" werden. Die Bürger_innenbeteiligung ist dabei nicht vorgesehen und auch Enteignungen sollen wieder möglich sein. Bis heute gibt es keine Lösung für den Atommüll, kein Entsorgungskonzept ist in Sicht und trotzdem wird weiterhin Atommüll produziert.

Renaissance der Anti-Atom-Bewegung?
Die Anti-Atombewegung feierte mit großen Demonstrationen in Berlin und der Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel ihr mediales Comeback. Dabei versuchen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD sich als wichtige Partner_innen zu positionieren. Offensichtlich geht es ihnen dabei in erster Linie um Wähler_innenstimmen und den Atom-"Konsens" von 2002 weiterhin als "Ausstieg" aus der Atomwirtschaftschaft zu verkaufen. Doch dieser "Konsens" war eine Bestandsgarantie für die laufenden AKWs, die Lizenz zur weiteren Produktion von Atommüll und ein Versuch, den Widerstand gegen Atommülltransporte und Atomanlagen zu befrieden. Die vor allem von SPD und Grünen forcierte Kritik an der "Laufzeitverlängerung" durch Schwarz-Gelb ist eine falsche Orientierung. Statt den verlogenen "Atomkonsens" von Rot-Grün zu verteidigen, halten wir an den ursprünglichen Zielen der außerparlamentarischen Anti-Atom-Bewegung fest: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

Brückentechnologie Atomkraft?
Die großen Stromkonzerne und die Regierung der BRD haben jetzt ihre Pläne verkündet, an der Atomkraft festhalten zu wollen und die Laufzeiten noch weiter zu verlängern. Damit werden nicht nur die Profitinteressen der Konzerne bedient und an der gefahrenvollen Atomenergie festgehalten, sondern auch an einer zentralisierten Stromerzeugung. Der Klimawandel muss zudem noch als Rechtfertigung für die "klimafreundliche" Atomkraft herhalten, obwohl diese selber Teil der sozial-ökologischen Krise ist. Atomkraft als Brückentechnologie zu bezeichnen, ist genauso unsinnig, wie eine auf Uran basierende Stromerzeugung als regenerativ zu deklarieren. Der nicht regulierbare Atomstrom verstopft die Netze und verhindert den Ausbau auf eine dezentrale und regenerative Energieversorgung. Stromkonzerne sind zu vergesellschaften, um eine bedarfsorientierte, umweltfreundliche und nicht profitorientierte Energieversorgung zu gewährleisten.

Energie - Macht - Profit
Atomenergie hat über die Möglichkeit zur Atombombe erhebliche Bedeutung in der zwischenstaatlichen Konkurrenz. Mit ihr als Druckmittel wird versucht sich weltweite Rohstoffvorkommen zu sichern und eine Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen, die auf die Verwertung von Mensch und Natur zielt. Größere nationale Unabhängigkeit durch die Nutzung verschiedenster Energieträger, Export von Atomtechnologie und ihre Rolle als angebliche "Brückentechnologie" werden uns als "gute" Gründe genannt. Wir kämpfen aber für eine solidarische Welt, die (nicht nur den fossilen) Kapitalismus hinter sich lässt. In einer kapitalistischen Gesellschaft kann nicht zum Wohle von Mensch und Natur entschieden werden, da letztlich Profitinteressen und Konkurrenz die enscheidenden Kriterien bleiben. Als realpolitische "Sachzwänge" setzen diese sich letztlich als bestimmend durch, die politische Sphäre muss sich diesen unterordnen. Wir appellieren daher nicht an Kapital und Politik, es doch besser zu machen, sondern wollen die Trennung von Politik, Wirtschaft, Ökologie usw. in einer solidarischen Welt kollektiv überwinden.

Nie, Nie, Niehörster
Atommülltransporte nach Gorleben sind immer auch verbunden mit massenhafter Polizeipräsenz, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, Überwachung und Polizeigewalt. Die unterschiedlichen Formen der Staatsgewalt dienen der Durchsetzung der Interessen der Atomindustrie. Den verschiedenen Protest- und Widerstandsformen wird mehr oder weniger brutal mit Knüppel, Pfefferspray, Wasserwerfer, (präventiver) Ingewahrsamnahme und Knast begegnet. Schon Monate vor den Castortransporten versucht die Polizei das Wendland zu beherrschen. Anti-Atom-Aktivist_innen werden observiert, ihre Telekommunikation wird überwacht, Menschen werden von den Polizist_innen angequascht um Spitzeldienste zu leisten und

Polizeihubschrauber überwachen die Strecken.
Die Einsatzzentrale der Polizei liegt in Lüneburg. Von hier aus wird der gesamte Polizeieinsatz koordiniert und auch Bundes- und Landespolizeieinheiten sind hier an drei Standorten kaserniert. Die Lüneburger Polizei ist auch Sprachrohr der Diffamierungskampagnen gegen den Anti-Atom-Widerstand. Neben der dauernden Darstellung als "Extremisten", hat der Polizeipräsident der Polizeidirektion Lüneburg, Friedrich Niehörster, seinem reaktionären Gedankengut öffentlich Ausdruck verliehen, als er eine bekannte Anti-Atom-Aktivistin als "krank" und "verrückt" beleidigte. Der Staat versucht mit seinen verschiedenen Repressionsapparaten, wie Polizei und Justiz, den Widerstand zu behindern und wenn möglich zu zerschlagen.

Eisige Zeiten
Die Verschärfung der Repression hängt auch zusammen mit den ökonomischen Widersprüchen der bestehenden Gesellschaftordnung. Gerade in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen für die abhängig Beschäftigten, Erwebslosen, Rentner_innen, Schüler_innen oder Student_innen wächst die Angst der Herrschenden vor "sozialen Unruhen". Mit der Zunahme repressiver Strategien auf allen sozialen Feldern soll ein Bewusstsein vorangetrieben werden, dass die gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme nicht strukturell zu lösen seien, sondern durch Sanktion, Ausschluss und Verdrängung. Die Macht der HeRRschenden - also auch der Atomwirtschaft - soll mit Repression gesichert werden. Zu Themen wie "Innere Sicherheit", "Ausländerrecht", "Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten", "Bekämpfung des Terrorismus" und "Gefahrenabwehr" treffen sich halb-jährlich die Innenministerkonferenz (IMK) zusammen mit den verschiedenen Sicherheits-, Geheimdienst-, und Polizeiorganen der Länder. Die IMK ist Ausgangspunkt für den Ausbau von Repressionsorganen.

Vom 18. bis 19. November findet die nächste in Hamburg statt.
Hamburg unsicher machen!
IMK versenken!

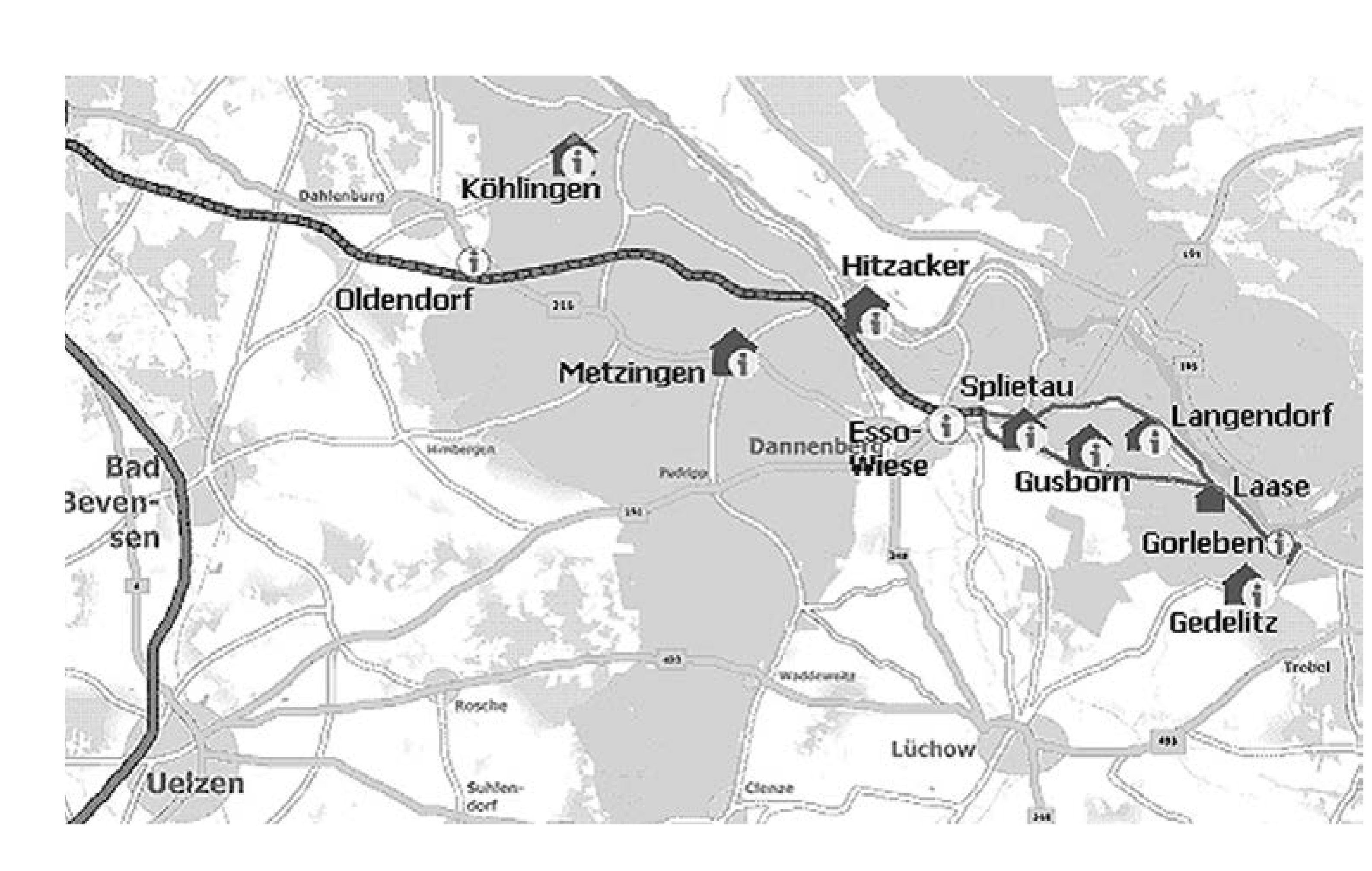
Heiße Zeiten: Hart Backbord!
Uns nervt die politische Vereinnahmung des Protestes von Parteien und der neu geformten "AntiAtomLobby". Wir wollen keine Stellvertreter_innenpolitik oder über Laufzeitverlängerungen streiten. Wir wollen die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit und geben uns nicht mit Kompromissen zufrieden. Dies waren und sind die Forderungen der selbstorganisierten Anti-Atom-Bewegung! Die Erfahrungen mit dem Atomstaat bewegen viele Menschen deutlich und entschlossen ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen und sich gemeinsam auf Straße und Schiene mit vielfältigen Aktionen gegen die Atomenergie zur Wehr zu setzen.

Atomausstieg bleibt Handarbeit!
Castor stoppen!

Repression solidarisch bekämpfen!
Kapitalismus kollektiv überwinden!
Hart Backbord, für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie weltweit!

Vorabenddemo
Fr 05. November 2010
18 Uhr
Bahnhof Lüneburg

http://www.hartbackbord.tk/



Let's rock them übelst!
oder
Schlotterst Du noch oder schotterst Du schon?

Es geht also los, der Castor kommt, wir sind schon da.
Eigentlich beginnen die Texte und Aufrufe zum Castor ja mit: Wie in jedem Jahr .... an, doch diesmal ist vieles anders. Das fängt schon bei den Camps an, und geht mit den Aktionsformen weiter.
Zum ersten Mal seit 2001 gibt es beispielsweise wieder ein Camp auf freier Wiese, und nicht in den Scheunen. Grund für die Rückkehr des Freiluftcampens ist dabei nicht die Liebe zur Natur, sondern schlicht der Platzmangel der sich im den Scheunencamps Metzingen und dem Camp Hitzacker abzeichnet. Bis zu 1500 Menschen können in Köhlingen untergebracht werden, und sich dort organisieren. Auch neu ist der "Park and Fight" Punkt an der Brücke bei Oldendorf, der für alle Kurzentschlossenen die Möglichkeit bietet noch mal eben am Transporttag einzugreifen. Bezugsfertig sind die drei Schienencamps schon ab Mittwoch den 3.11. und von da an soll auch schon mit einer Nachtwanderung losgelegt werden.
Am Donnerstag ist in Metzingen Landmaschienenschau, und Freitag die altbewährte Rally Monte Göhrde (14) und dazu das Laternegehen (20). Am Samstag zur X-Demo in Dannenberg werden so viele Menschen erwartet wie schon lange nicht mehr, und daher gibt, auch ein Novum, in Splitau (bei Dannenberg) ein Camp direkt an der Straßen-Transportstrecke. An der Nordstrecke wird es ein Camp in Langendorf geben, an der Südstrecke wollen die Bauern eine Wagenburg bei Gusborn errichten. Schließlich gibt es noch das X-Quer Camp in gedelitz, für alle die sich auf den letzten Metern den Castor entgegensetzen wollen.
Doch der Polizei macht nicht nur zu schaffen, dass sich offensichtlich mehr Menschen dem Castor entgegen setzen-stellen-legen wollen. Die Dreistigkeit er Campagne "castor-schottern" sich schon im Vorwege öffentlich zu einer Gleisdemontage zu bekennen hat selbst den niedersächsischen Innenminister Schünemann erzürnt - wohl zu recht. Das Konzept ist so schlicht wie wirkungsvoll. Mensch geht mit mehreren hundert oder tausend Menschen zu den Schienen, entfernt den Schotter oder macht die Strecke sonst wie unpassierbar, und geht dann wieder. Der Castor kommt nicht durch - fertig. Gegen den zu erwartenden Widerstand seitens der Polizei will mensch sich in tutti-bianchi Manier durch Polster und Transparente schützen. Wie beim G8 in Heiligendamm soll dabei durch Fließen und Fächern jeden Polizeiintervention im Vorwege in Leere gehen, doch anders als vor drei Jahren wird mensch dieses mal nicht an einem Zaun halt machen, sondern erst richtig loslegen. Mensch darf gespannt sein. Wer sich in die Aktion einklinken will, sollte sich an den Trainings in den Schienencamps beteiligen (Ankündigungen dort) und auch zu den Infoveranstaltungen am Abend gehen. Unbedingt aber sollte mensch die "Aufstellung der Finger" am Samstag Abend nach der Auftaktdemo in den Camps mitbekommen, denn dort werden die letzten Informationen zur Organisation und dem Ablauf der Aktion bekannt gegeben.

Ob Schottern oder nicht. Sollte der Castor Dannenberg jemals erreichen, was frühestens am Montag morgen (9.11.) sein wird, ziehen Alle AktivistInnen von der Schiene an die Straße um, zur zweiten Halbzeit.
"Du schreibst Geschichte" heißt ein Stück der Band Madsen das ein Mobilisierungsvideo der Bi-Lüchow-Danneberg antreibt... na denn.

Castor! Schottern?

Fragen sich viele in linksradikalen, autonomen Kreisen, angesichts des derzeit breit beworbenen Aktionsaufrufes von unabhängigen Anti-Atom-Initiativen, IL- und auch autonomen Gruppen.

Die Idee, zu gemeinsamen Sabotageaktionen aufzurufen und dabei über die breite Beteiligung einen Status Quo herzustellen, der es Polizei und Justiz schwer macht, alle zu kriminalisieren, die sich der Aktion zumindest verbal anschließen, hat durchaus seinen Reiz.

Dennoch stellt sich für uns die Frage, welchen politischen Nutzen eine Großaktion hat, die sich darauf stützt, daß sich möglichst viele prominente Vertreter von Parteien und öffentlichem Leben der Idee anschliessen. Die Erfahrung hat mehr als einmal gezeigt, dass diejenigen, die sich aus rein populistischen Beweggründen den Basisbewegungen aufdrängen, diese nach erfolgter Machtbeteiligung in Regierungen klein reden, sich distanzieren und weiteren Widerstand unterbinden und befrieden wollen. Der Einsicht, dass dem so ist, wurde auf Drängen von Antiatominitiativen zumindest dahingehend Rechnung getragen, dass die Parteien "Die Grünen" und die "SPD" von der Unterstützung der Aktion ausgeschlossen sind.

Warum ausgerechnet die "erlaubte" Unterstützerinnenpartei "Linke", es in Zukunft anders machen sollte, bleibt ein Geheimnis des Vorbereitungskreises. Wenn mensch dem Glauben schenken darf, was von Beteiligten des Vorbereitungskreises kolportiert wurde, waren es im wesentlichen die IL-Gruppen, die auf einer Unterstützung durch Parteien und Institutionen bestanden haben und das Bündnis in dieser Frage kurz vor ein Scheitern brachte. Ein Schelm, wer Böses dahinter vermutet.

Was bleibt, ist die Frage, ob es unter diesem Zustandekommen dennoch Sinn macht, sich an der Aktion zu beteiligen.

Wir bejahen dies ausdrücklich, denn letztlich geht es darum, den Castor zu stoppen und damit ein klares Signal an die Herrschenden in Wirtschaft und Politik zu senden.

Uns ist es dabei jedoch wichtig die Selbstbestimmtheit in der Aktion hervorzuheben und eigene Mittel und Werkzeuge zum Einsatz zu bringen, die ein Stoppen des Transports eventuell nachhaltiger bewirken, als das alleinige entfernen des Schotters. Über die Möglichkeiten, geben in letzter Zeit erschienene Broschüren ausreichend Auskunft. Welche Mittel an welchem Ort eingesetzt werden, sollte in jedem Fall gut überlegt sein.

Der Konsens über das Aktionsbild der Ak-

tion "Castor? Schottern!" besagt, dass es nicht Ziel der Aktion sei, die Polizei anzugreifen. Solange es also um einen reinen Angriff geht, ist dieser dort nicht erwünscht. Eine Abwehr von anrückenden Polizeikräften ist jedoch durchaus erwünscht, damit genügend Zeit auf der Schiene bleibt, um die Strecke tatsächlich unbefahrbar zu machen.
Und, was ebenfalls als tolerabel kolportiert wurde, ist hier auch der Einsatz von Mitteln, die gemeinhin nicht als gewaltfrei gelten, solange die Grundidee hierdurch nicht torpediert wird und selbstverständlich nicht die anderen Teilnehmer an der Aktion gefährdet werden. (Stichwort Steine aus der zehnten Reihe, bzw. vom Bahndamm ins Getümmel).

Ob sich im nachhinein trotzdem von Aktionsformen distanziert wird, wird sich zeigen. Aus unserer Sicht scheint der gefundene Kompromiss der Vorbereitung jedoch geeignet, sich in angemessener Form zu beteiligen. Wenn möglich jedoch nicht nur mit guten festen Handschuhen fürs schottern, sondern eben auch mit Klappspaten, Schraubenschlüsseln und Wagenhebern (ab 4t).

Des weiteren gehört bei dieser Massenaktion auch die eigene Unkenntlichmachung von Anfang an zum wesentlichen Bestandteil der Teilnahme, denn dass bei dieser Aktion die Zahl der Spitzel innerhalb der Aktion sehr hoch sein wird, daran sollte kein Zweifel bestehen. Eine hohe Zahl an Verhaftungen wird es erfahrungsgemäss erst nach der Aktion, aufgrund von Bildmaterialauswertungen von Kleidung und Spitzelaussagen geben.

Es sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass wir gut vorbereitete Aktionen ausserhalb von "Castor? Schottern!" wie immer sinnvoll und begrüssenswert finden. Insbesondere im Vorfeld und auch im Zusammenhang mit Stuttgart 21 ist die Deutsche-Bahn- AG immer das richtige Zielobjekt. Egal, ob mit verklebten Fahrkartenautomaten und Anti-Atom-Spucki (ohne Spucke!), oder Hakenkrallen an Oberleitungen, abgefackelten Kabeln von Signalanlagen oder mit Farbe beworfenen Zügen.

Also:
Castor? Schottern! Aber nicht nur!

Für einen selbstbestimmten Castor-Widerstand

Autonome Gruppe

Bundeswehr gegen Castor-Demonstranten?

Die Bundeswehr wird im Rahmen der Amtshilfe beim nächsten Castor-Transport nach Gorleben eingesetzt. Das bestätigt das Bundesinnenministerium am 22. Oktober auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele.

Der Grünen-Politiker wollte wissen, ob "nach den schlechten Erfahrungen beim G-8 Gipfel in Heiligendamm insbesondere auf den rechtlich fraglichen Einsatz von RECCE-Tornado-Aufklärern, welche angeblich täglich ost-westlich die Bahnstrecke im Kreis Lüchow-Dannenberg überfliegen, sowie auf Fertigung personen beziehbarer Film/Fotoaufnahmen durch diese Flugzeuge" verzichtet würde.
Ein Einsatz der Tornado-Aufklärer "in Verbindung mit den Castor-Transporten ist nicht vorgesehen", lautet die Antwort.

Allerdings: "Die Bundeswehr hat auf Anträge des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport und des Bundesministeriums des Innern Unterstützungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe.
(Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes) zugesagt."

Rote Flora im November

Di 02.11. 20 Uhr
Infoveranstaltung Gruppe SAND

Fr 05.11. Einlass: 21 Uhr
Album Release Konzert
Random Hand (Ska/Hardcore/Punk aus England)
+BrainDead (Skacore aus Hamburg, Record Release Konzert)
Infos: Deadlockshows

Sa 06.11. Einlass: 21 Uhr
Party
El Baile! 10 jähriges Jubiläum zugunsten des Netzwerk „Recht auf Stadt"

So 07.11. Einlass: 16 Uhr
Workshop
„Wenn rechts gleich links ist – Extremismus"

So 07.11. 16-22 Uhr
Café Offener Hinterhalt
Jeden 1. Sonntag im Monat

Do 11.11. Einlass: 21 Uhr
Konzert
TimTimTonTraeger lädt ein:
Realcide (Anarcho- Industrial) aus USA
Notstandskomitee (IDM- Industrial) aus Hamburg
Jorge Cortes (Minimal - Industrial) aus Santiago de Chile

Sa 13.11.- Fr 19.11.
Veranstaltungsreihe gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg am 18. + 19.11.2010.
Achtet auf Ankündigungen; weitere Infos unter http://no-imk.blogspot.com

So 14.11. 19.30 Uhr
Autonome Vollversammlung

So 14.11. Einlass: 21 Uhr
Konzert
Quok (neue Band u.a. mit Weasel Walter, The Flying Lutterbachers/USA) + support

Mi 17.11. Einlass: 21 Uhr
Konzert
Touche Amore plus support

Do 18.11. Einlass: 22 Uhr
Electro-Party
Subspace: No IMK Soli

Do 18.11. 21 Uhr
Konzert
death!sentence:panda
+ bronze + Uri Geller

Fr 19.11. 21 Uhr
Konzert
Hering und seine sieben Sachen
(experimental ambient/Mainz)
+ Flamingo Creatures
(experimental ambient/Saarland)
+ Violent Butthole
(the noise machine/Bremen)

Sa 20.11. Einlass: 23 Uhr
Party
DubCafé SoliDance

Mo 22.11. Beginn: 20 Uhr
Film: Shoa

Do 25.11. Beginn: 20 Uhr
Film: Shoa

Sa 27.11. Einlass: 23 Uhr
Dubstep / Drumstep / DnB /Mashup meets Roots&Dub
BASS THE SYSTEM
Eine neue Soli-Party aus der Reihe "Bass the System"
Soliparty für das Schall und Rausch-Festival

So 28.11. Einlass: 21 Uhr
Konzert
Black Lagoya (Dark Ambient/Harsh Noise) aus Paris
Abraxas Apparatus (Harsh Free Noise) aus Oldenburg
Colonel XS (experimental noise) aus Italien
Fifa (Industrial) aus Paris

So 29.11. Beginn: 20 Uhr
Film: Shoa

Mi 15.12. 19.30 Uhr
Autonome Vollversammlung

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007)
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr